

Adressaufkleber

SPD Erlangen

20 Jahre Asylkompromiss – 20 Jahre De-facto-Abschaffung des Asylrechts

Das Asylrecht ist eine der ältesten Institutionen der Menschheit, welcher zunächst nicht nur rechtliche, sondern auch religiöse Vorstellungen zugrunde liegen. Der durch Verfolgung bedrohte Mensch erhoffte sich früher durch das Betreten von Kultstätten oder durch die Berührung bestimmter sakraler Gegenstände Schutz von den Göttinnen und Göttern, an die er glaubte. Auch die christliche Kirche intervenierte zugunsten der in Kirchen, Klöster und christliche Hospitäler Geflüchteten bei weltlichen Instanzen. Seit der Aufklärung und der Französischen Revolution wurde das Asylrecht zu dem, wie wir es heute kennen: Zum Schutz von politisch Verfolgten.

Aufgrund der Gräueltaten des Nationalsozialismus und der Tatsache, dass viele, die aus politischen und rassistischen Gründen verfolgt wurden wegen fast unüberwindbarer Einreisebestimmungen in anderen Ländern kein Asyl gewährt bekamen beschloss der parlamentarische Rat, das Recht auf Asyl im

deutschen Grundgesetz zu verankern. Das damals vereinbarte Asylrecht war weltweit einzigartig, denn es garantierte eine barrierefreie Gewährung von Asylrecht für politisch verfolgte Ausländerinnen und Ausländer. 1951 unterschrieb Deutschland die Genfer Konventionen, die den unterzeichneten Staaten nach wie vor verbietet, dass ein Flüchtling in Gebiete gebracht wird, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist.

Doch wie konnte es so weit kommen, dass trotz der deutschen Vergangenheit CDU/CSU, FDP und um die 150 SPD-Abgeordnete durch die Verabschiedung des sogenannten Asylkompromisses das Asylrecht de facto abgeschafft haben?

Nach den zwei Ölkrisen und der neoliberalen Wende innerhalb der Politik erhöhte sich der wirtschaftliche Druck Von Munib Agha
Vorsitzender der Jusos Erlan-



auf breite Schichten der Gesellschaft. Konkurrenz- und Leistungsdruck, Langzeitarbeitslosigkeit, die bundesweite Wohnungsnot und unbewältigte Strukturprobleme, wie beispielsweise die der Wiedervereinigung, sorgten für Existenzängste. Viele Menschen waren von den rassistischen Erklärungsmustern für die wirtschaftliche und soziale Schieflage überzeugt und machten vor allem Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten für diese Misere verantwortlich. Seit Mitte der 80er Jahre versuchten CDU/CSU und FDP aus dieser Stimmungslage politisches Kapital für sich zu schlagen und unterstützten diese Argumentation mit einem verheerendem Vokabular. Sie sprachen von Asylantenfluten und von Schwemmen Fortsetzung auf Seite 3

Termine

09.07.	19:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Röthelheim-Biergarten	S. 25
09.07.	20:00	Distrikt Frauenauchrach: Distriktsversammlung	TSV Frauenaurach	S. 24
09.07.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 24
09.07.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 25
10.07.	20:00	Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis	August-Bebel-Haus	S. 8
14.07.	13:00	Verleihung Karl-Heinz-Hiersemann-Preis	Heinrich-Lades-Halle	
16.07.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 24
16.07.	19:30	Veranstaltung Achstufiges Gymnasium	Wabene	S. 11
17.07.	15:00	60plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 27
17.07.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Zur Einkehr	S. 26
19.07.	19:00	AsF: Sommerfest	Julie Mildenberger	S. 27
23.07.	19:30	Veranstaltung Rechtsradikalismus	IG-Metall-Saal	S. 11
24.07.	19:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Waldschänke	S. 24
29.07.	19:00	Veranstaltung "Mittendrin. Mit Behinderung"	E-Werk, Mehrzweckbereich	S. 7
31.07.	20:00	Arbeitskreis Frieden und Internationalismus	August-Bebel-Haus	S. 8
13.08.	20:00	Distrikt Frauenauchrach: Distriktsversammlung	TSV Frauenaurach	S. 24
24.08.	19:00	Festakt 150 Jahre SPD	Redoutensaal	S. 9

Kontakt Kreisverband Erlangen-Stadt SPD-Stadtratsfraktion Erlangen Vorsitzender: Dieter Rosner Vorsitzender: Dr. Florian Janik Mitarbeiter: Patrick Rösch Geschäftsführer: Gary Cunningham Friedrich-List-Straße 5, Rathausplatz 1 91054 Erlangen 91052 Erlangen Telefon: 09131-8126522 Telefon: 09131-86-2225 Fax: 09131-8126513 Fax: 09131-86-2181 E-Mail: buero@spd-erlangen.de E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de Internet: www.spd-erlangen.de Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de Bankverbindung: Sparkasse Erlangen, BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005 Bürozeiten: Bürozeiten Montag 14:00 bis 16:00 Uhr Montag 10:00 bis 14.00 Uhr 08.30 bis 10.30 Uhr 10:00 bis 14:00 Uhr Mittwoch Dienstag Donnerstag 14.00 bis 16.00 Uhr. Donnerstag 09:00 bis 12:00 Uhr Dienstag und Freitag geschlossen Mittwoch und Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber

SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick Rösch (pr), Christofer Zwanzig (cz), Gary Cunningham (gc)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Rolf Schowalter (rs), Wolfgang Vogel (wv)

Druck: Gutenberg Druck und Medien,

Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

von Wirtschaftflüchtlingen, die nur kämen, um das Sozialsystem zu missbrauchen. Unterstützt wurde diese Kampagne auch von den Medien und dabei vor allem von der BILD und dem Spiegel.

Von dieser Hetze profitierte aber letztendlich nicht das konservativbürgerliche Lager, sondern nationalkonservative und neofaschistische Parteien. 1989 zogen die Republikaner mit sieben Abgeordneten in das Berliner Abgeordnetenhaus ein, bei den Europawahlen bekamen sie in Bayern 15 Prozent der Stimmen. Auch Teile der SPD wurden für diese Argumentationsmuster anfällig und schürten ähnliche Ressentiments.

1989 kamen 121.000 Flüchtlinge nach Deutschland. 1991 ist die Zahl sprunghaft auf 438.000 gestiegen, da vor allem Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien in Deutschland Schutz vor dem Krieg suchten. Sie kamen also nicht nach Deutschland um Asyl zu beantragen, sondern um kurzfristig Schutz zu suchen, um zurückzukehren, wenn sich die Situation wieder entspannt hat. Nach den Genfer Konventionen war Deutschland auch verpflichtet, ihnen Schutz zu bieten. Für Flüchtlinge, die nach den Kriterien der Genfer Konventionen in ein anderes Land flohen, gab es in Deutschland aber keine gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Für Flüchtlinge, die keinen Asylantrag stellten, mussten die Kommunen aufkommen, für Flüchtlinge mit Asylantrag mussten sowohl der Bund als auch das jeweilige Land die Kosten für die Sozialhilfe übernehmen. Aufgrund dessen wurden viele Flüchtlinge von den Kommunen dazu gezwungen, einen Antrag zu stellen, obwohl sie nicht die Kriterien für die Berechtigung auf Asyl, sondern "nur" die der Genfer Konventionen erfüllten. Den Politikerinnen und Politikern war diese Situation durchaus bewusst. Dennoch bezeichnete man gerade diese Flüchtlinge in der Öffentlichkeit als Wirtschaftsflüchtlinge, die nur aufgrund des Sozialsystems nach Deutschland gekommen seien. Unter diesen Umständen wird auch klar, dass ein erheblicher Teil der Politik kein Interesse hatte an einem Konzept für eine humane und verantwortungsvolle Asylpolitik zu arbeiten.

Die von Seiten der Politik und Medien verschärfte Stimmungslage sorgte zudem dafür, dass sich nicht nur der Hass auf Minderheiten verstärkte, sondern dass es gegenüber ihnen auch

zur stärkeren Gewaltanwendung kam. Denn schon vor der Wende kam es zu vermehrten Übergriffen auf Asylbewerberheime.

Das erste Pogrom fand nach der Wende 1991 in Hoyerswerda statt und dauerte sieben Tage an. Mindestens acht Neonazis griffen auf dem Markt vietnamesische Händler an, die daraufhin ins Wohnheim für Vertragsarbeiter flüchteten. Drei bis vier Dutzend Neonazis fanden sich vor dem Gebäude ein, riefen Parolen und warfen mit Steinen. Am nächsten Tag stieg die Gewalt an und das Gebäude wurde, unter dem klatschenden Beifall der inzwischen anwesenden Anwohnerinnen und Anwohner, mit Molotow-Cocktails beworfen. Die Polizei schritt dabei nicht ein. Erst einen Tag später wurden die angegriffenen Personen evakuiert und nach Frankfurt am Main beziehungsweise nach Berlin gebracht. Von dort wurden sie dann abgeschoben, wohingegen die Angreiferinnen und Angreifer nie angeklagt worden sind. Am Abend des selben Tages zog der rechte Mob weiter zum Flüchtlingswohnheim und bewarf auch dieses mit Molotowcocktails. 24 Stunden später wurde dieses vom SEK evakuiert.

Die bisher größten Gewaltausschreitungen gegenüber Flüchtlingen in Deutschland fanden 1992 in Rostock-Lichtenhagen statt und dauerten mehrere Tage lang an. In den Monaten vor den Ausschreitungen kamen täglich bis zu 80 neue Flüchtlinge an, weswegen sich die Aufnahme verzögerte und es zu vielen Komplikationen kam. Dies verstärkte zusätzlich den Unmut der Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen. Die Neuesten Norddeutschen Nachrichten berichteten von Initiativen, die Ausschreitungen für den 22. August ankündigten, falls es nicht zu einer Räumung käme. Die Polizei sah darin aber keinen Grund, Sicherheitsvorkehrungen zu treffen.

Am darauffolgenden Samstag kam es zu den angekündigten Ausschreitungen vor dem Aufnahmelager, an denen sich Hunderte beteiligten. Bis zu 3.000 Menschen schauten dabei zu, applaudierten und skandierten Naziparolen. Es wurden Imbiss- und Getränkestände aufgebaut, bei denen sich Gewalttäterinnen und -täter versorgten. Die Ausschreitungen dauerten die ganze Nacht an und wurden am nächsten Tag fortgesetzt. Erst am dritten Tag wurde das Aufnahmelager geräumt.

Im danebenliegenden Wohnheim befanden sich aber immer noch 100 VietnamesInnen und ein Kamera-Team vom ZDF. Da dies die Randalierinnen und Randalierer bewusst war, versammelten sie sich vor dem Vertragsarbeiterwohnheim und brachten es mit Molotow-Cocktails zum Brennen. Aufgrund der pöbelnden Massen war es der Feuerwehr erst nach mehreren Stunden gelungen an das Haus zu gelangen, um das Feuer zu löschen. Dass es zu diesen Behinderungen kommen konnte, lag unter anderem auch daran, dass sich die Polizei zu der Zeit teilweise komplett zurückgezogen hatte. Erst nach dem das Feuer in den unteren Etagen gelöscht werden konnte, entschloss sich die Polizei, eine Spalier zum Wohnheim zu bilden um die Menschen, die sich noch im Wohnheim befanden, zu evakuieren.

Die Politik war nun der Meinung, dass endlich gehandelt werden müsse. Dabei bezogen sie sich nicht auf die Gewaltexzesse in Rostock-Lichtenhagen, sondern auf die Einschränkung des Asylrechts.

Die Auseinandersetzungen über das Asylrecht wurden heftiger und Teile der SPD schlossen sich dieser Meinung an, bedienten sich derselben rassistischen Ressentiments und übten ebenfalls Druck auf die eigene Partei aus. Letztendlich knickte die SPD ein und verkündete zusammen mit CDU/CSU und FDP, während die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen noch stattfanden, die Grundgesetzänderung. Am 26. Mai kam es nach zwölfstündiger Debatte zur Abstimmung über die Grundgesetzänderung, die eine Zweidrittelmehrheit erzielte. Lediglich 101 Abgeordnete der SPD (darunter auch Heide Mattischek), sechs der FDP, die gesamte Fraktion der Grünen und die der PDS stimmten gegen die Grundgesetzänderung.

Neonazis sahen sich durch diese Entscheidung bestätigt und feierten dies mit einem Brandanschlag auf das Haus der Solinger Familie Genç. Fünf Familienmitglieder kamen dabei ums Leben, 14 weitere wurden schwer verletzt.

Das Asylrecht wurde aus dem Artikel 16 gestrichen und das Asylverfahrensgesetz geändert. Dafür verabschiedete man Artikel 16a. Zwar beginnt dieser auch mit "Politisch verfolgte Menschen genießen Asylrecht", allerdings werden in den darauffolgenden Absätzen Bedingungen formuliert. So kann man sich nicht mehr auf den ersten Absatz berufen, falls man aus einem EU-Mitgliedsstaat oder einem Drittstaat einreist, "in

dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist." Wenn Menschen in Deutschland einen Asylantrag stellen, wird also nicht mehr überprüft, ob eine Person politisch verfolgt wird oder nicht, sondern ob sie zuvor in einem EU-Staat oder vermeintlich sicheren Drittstaat gewesen sind, um diese dorthin wieder abschieben zu können. Mit Dublin-II wurde diese Regelung auch auf EU-Ebene, in der Schweiz, Island und Norwegen eingeführt. Da Deutschland komplett von EU-Staaten umgeben ist, ist es für Flüchtlinge so gut wie unmöglich, einen erfolgreichen Asylantrag in Deutschland zu stellen. 2012 stellten

61.826 Menschen einen Antrag auf Asyl. Nur 740 wurden davon als asylberechtigt anerkannt.

Mit dem Asylkompromiss wurde auch das Asylbewerberleistungsgesetz beschlossen. Asylberechtigte erhielten von nun an keine Sozialhilfe mehr, sondern gekürzte Leistungen, die gesetzlich geregelt sind. Zwar entschied das Bundesverfassungsgericht im Juli 2012, dass diese Kürzungen verfassungswidrig sind. Dennoch enthält dieses Gesetz viele Maßnahmen, die den Flüchtlingen das Leben so unerträglich wie möglich machen sollen. Besonders deutlich wird diese Intention in der bayerischen Verordnung zum Asylverfahrensgesetzes, wo es im Absatz 5 heiß: "Die Verteilung und die Zuweisung darf die Rückführung der betroffenen Personen nicht erschweren; sie soll die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern."

Flüchtlinge können von nun an unbefristet in Sammellager untergebracht werden. Mit der Einführung der Residenzpflicht machen sich Flüchtlinge strafbar, wenn sie ohne Genehmigung die Landkreisgrenzen übertreten. Diese Regelung wurde in fast allen Bundesländern bis auf Bayern und Sachsen aufgelockert. Auch die medizinische Versorgung wurde stark eingeschränkt. Für die Kosten von Brillen, Hörgeräten und Rollstühlen müssen Flüchtlinge selber aufkommen. Nur das Land Bremen bezieht die Flüchtlinge in das Versicherungssystem mit ein.

Statt Bargeld kann sich ein Bundesland dazu entschließen, der Leistungsgewährung durch Sachgüter, vor allem durch Essenspakete, nachzukommen. Mittlerweile ist allerdings Bayern das einzige Bundesland, das flächendeckend dieses Prinzip noch anwendet.

Neben dem Asylleistungsgesetz wurde auch der eigenständige Aufenthaltstitel "Kriegsflüchtling" eingeführt, den es davor nicht gegeben hatte. Dieser wurde aber in der Praxis so gut wie nie erteilt. Solche Fluchtgründe führen heute aufgrund der Vorgaben europäischer Richtlinien aber eher zum Flüchtlingsschutz als noch in den 90er Jahren.

Nichtsdestotrotz wurden auf auch EU-Ebene viele verheerende Dinge beschlossen, neben Dublin-II insbesondere die 2004 gegründete Agentur Frontex. Ihre Aufgabe ist es so wenig Flüchtlinge wie möglich nach Europa zu lassen. Pro Asyl berichtet davon, dass Flüchtlinge, die sich in Schlauchboten auf den Weg nach Europa machen, von großen Schiffen aufgefangen und gesammelt werden und dann oft in einem Schlauchboot ohne Paddel wieder ins Wasser gelassen werden. Das SWR2-Radiofeature vom 26. Juli 2006 berichtet davon, dass Genzschutzbeamtinnen und -beamten an Bord der Flüchtlinge gehen, um ihnen den Treibstoff und Lebensmittel von Bord zu entnehmen, sodass diese unter diesen Bedingungen weiterfahren oder lieber umkehren.

20 bis 22 Jahre nach den Pogromen versucht man in den jeweiligen Orten möglichst zu vergessen, was geschehen ist. In der Berichterstattung bekommt man das Gefühl, ein Teil der Einwohnerinnen und Einwohnern nehme es den Opfern übel, dass sie von Rechtsextremistinnen und -extremisten bedroht

Erlanger Ratschlag gegen Sozialabbau



Sozialabbau, weiter so?

Diskussion mit den Erlanger **BundestagskandidatInnen**

Am 17.07.2013 im E-Werk Fuchsenwiese 1 · 91054 Erlangen Einlass ab 19:00 Uhr

Mitgliedsorganisationen Juli 2013:

- 1. Agenda 21 Beirat der Stadt Erlangen
- 2. Ausländer- und Integrationsbeirat der Stadt Erlangen
- 4. Bildung Evangelisch 5. Bündnis 90/Die Grünen Erlangen
- 6. DGB Erlangen7. DIE LINKE Erlangen Höchstadt
- DKP Erlangen
 Dritte Welt Laden
- 10. Erlanger Frauenhaus 11. Erlanger Linke
- 12. Erlanger Mieterinnen und Mieter Verein
- 13. Erlanger Sozialforum
- 15. Evangelisch-reformierte Kirchengemeinde
- 17. GEW Erlangen

- 21. Arbeitslosenberatung Erzdiözese Bamberg22. Mobbingberatung Erzdiözese Bamberg
- 23. Katholische Erwachsenenbildung
- 24. Katholisches Dekanat Erlangen
- 25. Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt26. Kontaktstelle für Arbeitslose
- 27. IGM Erlangen
- 28. Piratenpartei Kreisverband Erlangen/Erlangen Höchstadt
- 29. Sozialtreff Erlangen 30, SPD Erlangen Stadt
- 31. SPD Erlangen Höchstadt
- 32. VdK Erlangen Höchstadt33. Ver.di Erlangen

worden waren. In Hoyerswerda gründete sich die Initiative Pogrom '91, die eine Demo zum 20. Jahrestag des Pogroms organisierte, um an die Opfer zu gedenken. Als die Demo stattfand, wurden Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Neonazis angegriffen. Der Oberbürgermeister weigerte sich aber von einer Gefahr von Rechts, geschweige denn von einem Rassismusproblem zu reden und sprach stattdessen von einem Schlachtfeld der Extremisten. Das Problem sind also nicht die Nazis, sondern die Antifa, die erstere durch ihre Demo provoziere.

In Rostock-Lichtenhagen fand im August des letzten Jahres eine zentrale Gedenkfeier, Kinderchor, Priester, Pfarrer und Imam statt. Auch Bundespräsident Gauck kam und hielt eine Rede. Er sprach vom damaligen Versagen des Staates und wünscht sich einen "wehrhaften Staat", der sich das Gewaltmonopol niemals aus der Hand nehmen lassen dürfe.

Die taz schreibt aber völlig zurecht von einer Geschichtsstunde, wenn der

Bundespräsident kein Wort zur heutigen Gewalt von Rechts verliert und damit so tut, als gäbe es heute kaum noch Probleme mit Rassismus. Auch Anja Reschke wies in ihrem Kommentar zur Gedenkfeier darauf hin und merkte an, dass es auch von Januar bis Juli 2012 etliche rechtsextrem motivierte Straftaten gab. In Bremen wurde ein Brandanschlag auf eine Familie mit Migrationsgeschichte ausgeübt. In Köln wurde eine Molotow-Cocktail auf eine türkische Tee-Stube geworfen. In Erfurt störten Rechtsradikale eine Kunstausstellung mit "Sieg Heil!"-Rufen und schlugen daraufhin den Kurator der Ausstellung zusammen und in Nordrhein-Westfalen ist 2012 fast jeden zweiten Tag jemand Opfer rechtsextremer Übergriffe geworden.

Ende 2011 flog der NSU auf. Der Bundespräsident aber verlor bei der Gedenkfeier kein Wort dazu, obwohl der Thüringer Heimatschutz, und damit auch die Mitglieder des NSU, genau in diesem Umfeld aufgewachsen sind. Die

Stimmungsmache gegen Migrantinnen und Migranten beziehungsweise Flüchtlinge, die anfangs von der Politik und den Medien betrieben wurde, nutzten die Nazis damals aus. Sie griffen Menschen an und haben dafür auch noch Zustimmung von einem erheblichen Teil der Bevölkerung und der Politik erhalten. Viele Aussteigerinnen und Aussteiger berichten, dass deswegen viele Neonazis der Meinung waren, dass sie mit Gewalt die Politik beeinflussen können. Durch die De-facto Abschaffung des Asylrechts hat man diese Ansicht sogar bestätigt.

Zum 150. Geburtstag der SPD verkündeten viele Spitzengenossinnen und genossen, dass sie insbesondere deswegen stolz auf die Geschichte der Sozialdemokratie seien, weil die Partei immer konsequent gegen Nazis gekämpft hat. Über durchaus kritikwürdige Geschehnisse innerhalb der Geschichte der SPD wurde gar nicht diskutiert. Man sieht wohl auch 20 Jahre nach der Verabschiedung des Asylkompromisses



direkt GIRO

Das kostenlose* **0,**-nlinebanking-Konto für Privatkunden mit persönlicher Beratung und Service.





*Das "direkt GIRO" ist das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen nur für Privatkunden: kein Grundpreis, kein Durchschnittsguthaben, kein Mindesteingang, keine Buchungspostenentgelte. Kostenlos in Deutschland Geld abheben an über 25.000 Geldautomaten der Sparkassenorganisation. Sämtliche Arbeiten zur Kontoumstellung erledigen wir gerne für Sie. Fragen Sie jetzt unsere Berater nach dem "direkt GIRO" und unserem Finanzcheck. Weitere Informationen auch per Telefon: 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr) oder unter

www.sparkasse-erlangen.de

nicht ein, dass dieser ein Fehler war und die Mehrheit der Partei vor dem rechten Mob auf der Straße eingeknickt ist.

Dass der Asylkompromiss ein Fehler war, muss endlich auch von der Parteispitze eingesehen werden. Die inhumane Situation der Flüchtlinge in Deutschland und Europa muss endlich verbessert werden. Statt Europa vor Flüchtlingen abzuschotten und das Leben der Asylbewerberinnen und -bewerber in Deutschland so unerträglich wie möglich zu gestalten, muss den Flüchtlingen ein Leben in Sicherheit und Würde ermöglicht werden.

Schutzsuchende Flüchtlinge muss eine gefahrenfreie Einreise in die EU ermöglicht werden und die Praxis von Grenzschutzbehörden, Flüchtlinge illegal zurückzuweisen, sofort beendet wird. Bootsflüchtlinge, die auf hoher See angetroffen werden, müssen in den nächsten sicheren Hafen der EU gebracht und nicht abgefangen und abgedrängt werden. Die Aufrüstung der EU-Außengrenzen muss unterlassen bzw. rückgängig gemacht werden. Rückübernahmeabkommen mit Transitstaaten müssen aufgekündigt und Neuabschlüsse unterlassen werden. Das UNHCR muss gestärkt werden und ihr finanzielles und politisches Engagement zum Schutz von Flüchtlingen ausgeweitet werden.

So sollen sich auch die Staaten der Europäischen Union stärker am Resettlement-Programm des UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, beteiligen. Resettlement ist neben freiwilliger Rückkehr, Asyl und Integration eine von drei dauerhaften Lösungen, um Flüchtlinge zu unterstützen, sich ein neues Leben in Frieden und Würde aufzubauen. Der Begriff bezeichnet die dauerhafte Neuansiedlung besonders gefährdeter Flüchtlinge in einem zur Aufnahme bereiten Drittstaat, der ihnen vollen Flüchtlingsschutz gewährt und ihnen die Möglichkeit bietet, sich im Land zu integrieren.

Die unfaire Asylzuständigkeitsregelung Dublin-II muss grundliegend verändert werden. Derjenige Staat sollte für ein Asylverfahren zuständig sein, in dem der Asylsuchende seinen Antrag stellen möchte. Die dadurch möglicherweise entstehenden Ungleichgewichte zwischen den Staaten müssen durch Finanztransfers ausgeglichen werden. Die Inhaftierung von Flüchtlingen muss beendet werden. Für Asylsuchende ist ein europaweiter effektiver Rechtsschutz

einzuführen. In Deutschland ist deshalb §43a Absatz 2 des Asylverfahrensgesetzes zu streichen, der diesem Anspruch im Weg steht.

Schutzsuchende, deren Asylverfahren nach 12 Monaten noch nicht abgeschlossen ist, müssen eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen. Das Flughafenverfahren ist abzuschaffen und Flüchtlingen, die einen Asylantrag am Flughafen stellen, ist grundsätzlich die Einreise zu ermöglichen. Für anerkannte Asylberechtigte, Flüchtlinge oder subsidiär Schutzberechtigte muss ein sofortiger Anspruch auf eine Niederlassungserlaubnis, also die Garantie für einen unbefristeten Aufenthalt, geschaffen werden. Die Regelung zu den Widerrufsverfahren im Asyl- und Aufenthaltsrecht ist zu streichen.

Drittstaatsangehörige, deren Aufenthalt gestattet, geduldet, erlaubt oder befristet ist, müssen möglichst frühzeitig einen gleichrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Ihnen ist vom ersten Tag ihres Aufenthaltes an das Recht zur Teilnahme an Deutsch- und Integrationskursen und an weiteren Integrations- und Qualifizierungsmaßnahmen einzuräumen. Förderprogramme für Deutschkurse und Integrationsmaßnahmen sind dementsprechend anzupassen und auszubauen.

Die Niederlassungserlaubnis muss für alle Menschen mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis spätestens nach fünf Jahren unter realistischen Bedingungen möglich sein. Hierbei sind alle Voraufenthaltszeiten, auch Duldungszeiten, zu berücksichtigen. Anerkannte Flüchtlinge und Familienangehörige von Besitzerinnen oder Besitzern einer Niederlassungserlaubnis müssen wie auch Hochqualifizierte unmittelbar nach Statusanerkennung einen Daueraufenthalt bekommen. Allen Menschen, die in Deutschland leben, muss unabhängig von ihrer persönlichen Lage und ihrem Aufenthaltsstatus das Recht auf Familiennachzug eingeräumt werden. Dem Kindeswohl ist bei der Familienzusammenführung oberste Priorität einzuräumen. DNA-Tests, die momentan bei minderjährigen Kinder dazu verwendet werden, um die Verwandtschaft nachzuweisen, gehören abgeschafft. Die Rechtsansprüche auf Einbürgerung sind auszuweiten und die durch die Einbürgerung entstehende Mehrstaatigkeit ist akzeptieren. Die Optionspflicht gehört abgeschafft. Menschen, die rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland leben,

muss das aktive und passive Wahlrecht zuerkannt werden.

Das Berufsanerkennungsgesetz ist weiterzuentwickeln und um einen Anspruch auf Beratung und Maßnahmen zur Anpassungs- und Nachqualifizierung zu ergänzen. Zudem ist die Anerkennungsberatung weiter auszubauen.

Asylbewerberleistungsgesetz gehört abgeschafft. Asylbewerberinnen und Asylbewerber müssen sozialrechtlich gleichgestellt werden und in die gesetzliche Krankenversicherung mit einbezogen werden. Das Recht auf Leben in einer Privatwohnung für Asylsuchende und Geduldete nach einer kurzen Übergangsfrist muss rechtlich verankert werden. Asylsuchenden muss von Anfang an ein Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs gewährleistet werden. Die Residenzpflicht gehört abgeschafft und das Recht zum Wohnsitzwechsel bei einem wichtigen Grund, z.B. bei einem Arbeitsplatzangebot, muss gewährleistet werden.

Auch wenn die oben aufgeführten Forderungen vermutlich weder in der Gesellschaft noch in der SPD eine Mehrheit momentan finden, ist dies kein Grund, diese nicht zu stellen. Trotz des Drucks der vor 20 bis 25 Jahren von Seiten der konservativen Parteien und der Medien auf die SPD aufgebaut worden ist, hat das die Erlanger SPD davon nicht abgehalten, das Asylrecht zu verteidigen und sogar im Zuge der Debatte zur im Grundgesetz vorgesehenen Abstimmung über eine Verfassung nach der Wiedervereinigung zu fordern, die Rechte von Flüchtlingen im Grundgesetz sogar zu stärken. Dies wird vor allem durch die Beiträge in den Monatsspiegelausgaben von Dezember 1991 bis Ende 1993, die unter anderem von Gerlinde Uhl, Heide Mattischek, Walter Schweigert, Wolfgang Vogel und Karl-Heinz Hiersemann geschrieben worden sind, deutlich. Auch wenn unsere Ansichten heute immer noch minoritär sind ist es dennoch wichtig diese zum Ausdruck zu bringen und die Leute von diesen zu überzeugen. Denn wie schon Bertolt Brecht sagte: Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel September 2013 23. August 2013

"Mittendrin. Mit Behinderung

Fortsetzung der erfolgreichen SPD-Diskussionsreihe "JA. ERLANGEN GEMEINSAM GESTALTEN" Montag, 29. Juli, 19 Uhr, E-Werk, Mehrzweckbereich

Kurz vor den Sommerferien laden Florian Janik und die Erlanger SPD zur fünften Veranstaltung im Rahmen unserer erfolgreichen Diskussionsreihe "JA. ER-LANGEN GEMEINSAM GESTALTEN." ein.

Inhaltlicher Verlauf und erfreulicher Besuch der bisherigen Abende haben gezeigt, dass unsere Partei mit klarer inhaltlicher Orientierung und großem Zuspruch in die Auseinandersetzung um die Mehrheiten im Rathaus geht. Unter einer äußerst souveränen, kompetenten und sympathischen Gesprächsführung unseres OB-Kandidaten Florian Janik konnten wir unterstreichen, dass wir aus dem Dialog mit der Bürgerschaft heraus wichtige Impulse setzen, um Erlangen wieder aktiv zu gestalten.

Aus Anlass des 65. Geburtstags unserer Bezirks- und Stadträtin Gisela Niclas widmet sich der nächste Abend einem Thema, das sie – wie keine andere im Bezirkstag und im Stadtrat - inhaltlich politisch prägt.

"Mittendrin. Mit Behinderung."

haben wir - für manche vielleicht provozierend - den Abend genannt, an dem namhafte ExpertInnen unter der Diskussionsleitung von Florian Janik die Frage nach dem gegenwärtigen Stand der Inklusion stellen. Es diskutie-

- Ulrike Mascher (Präsidentin des VdK Deutschland und Vorsitzende des VdK Bayern), die das einführende Impulsreferat hält, mit
- · Prof. Dr. Sabine Engel (Psychogerontologin, Vorsitzende des Vereins Dreycedern e.V.),
- Ursula Kosmalla (Geschäftsführerin der Wabe gGmbH),
- Karl-Heinz Miederer (Geschäftsführer der Access gGmbH) und natürlich
- Gisela Niclas (Stadt- und Bezirksrätin, Vorsitzende des ASB Erlangen).

Als weitere Fachleute im Publikum haben VertreterInnen des Zentrums für selbstbestimmtes Leben (ZSL), des Ausländer- und Integrationsbeirats Erlangen (AIB) und des Seniorenbeirats unserer Stadt ihre Teilnahme zugesagt.

Das Ziel der Veranstaltung beschreibt Florian Janik in seiner Einladungskarte

"Menschen mit Behinderung sind Teil unserer Gesellschaft und eine große Bereicherung. Sie haben das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und Arbeit, an Gesundheit und sozialer Sicherung, an Sport, Kultur und Politik, kurz: Inklusion.

Auf dem Weg zu einer wahrhaft ,inklusiven' Gesellschaft sind schon viele Schritte gegangen worden, aber es gibt noch viel zu tun, auch in Erlangen.

Deshalb lade ich herzlich dazu ein, · Welche Bedingungen und welche

gemeinsam diese Fragen zu diskutieren:

Hilfen brauchen Menschen mit Behinderung, damit sie selbstbestimmt in unserer Stadt leben können?"

- Wie muss menschenwürdige Pflege gestaltet werden, unabhängig vom Alter?
- · Wo stehen wir in Erlangen, was müssen wir noch tun?
- · Welche Aufgaben hat dabei die Politik?"

Die Wahlkampfleitung schließt sich dieser Einladung an und freut sich auf Eueren Besuch!

Für die Wahlkampfleitung Wolfgang Vogel

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Juli und August Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

05.07.	Wilhelm Schmidt
	78 Jahre

09.07.	Wilhelm Gehr
	83 Jahre

10.07.	Silke Zieten
	81 Jahre

13.07.	Erich Schobert
	50 Jahre

15.07.	Eva Haas
	70 Jahre

17.07.	Gerd Junghane
	85 Jahre

18.07.	Edgar Hartmann
	73 Jahre

21.07.	Edgar Mayer
	87 Jahre



04.08.	Andreas Hahn
	87 Jahre

05.08.	Hans Buerhop
	74 Jahre

13.08.	Günter Rupprecht
	72 Jahre

"MOBILITÄT SCHAFFT FREIRÄUME" Erfrischende Diskussion an heißem Sommerabend

(pr) "Das Thema Mobilität bewegt die Gemüter, vor allem in den Städten. Doch leider werden häufig beim Thema Verkehr technische Aspekte und Richtlinien diskutiert, aber viel zu selten die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen." Mit diesen Worten eröffnete SPD-Oberbürgermeisterkandidat Dr. Florian Janik den dritten Abend der SPD-Veranstaltungsreihe "Ja. Erlangen gemeinsam gestalten." Trotz der heißen Temperaturen kamen über hundert interessierte Bürgerinnen und ins E-Werk und erlebten eine erfrischende Diskussion.

In seinem Einführungsvortrag stellte Professor Hermann Knoflacher aus Wien mit provokanten, aber auch humorvollen Thesen und Beispielen einige Probleme der aktuellen Autokultur in den Städten dar. Nach Ansicht des ehem. Vorstandes des Instituts für Verkehrsplanung und Verkehrstechnik der TU Wien ist das Auto wie ein Virus, das sich im Gehirn festsetzt und Verhaltenskodex, Wertesystem und Wahrnehmung total umkehre. Deshalb sei eine Veränderung der Strukturen insbesondere der Parkraumorganisation – notwendig, damit eine Veränderung der Verhaltensweisen der Menschen eintreten kann. "Man muss als Planer Verkehrsgefüge schaffen, die die Menschen vom Zwang zum Autofahren befreien", so der Referent. Um dies erfolgreich umzusetzen, müssten Experten, die Verwaltung, die Politik, die Wirtschaft und vor allem die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam diskutieren und Lösungen erarbeiten.

SPD-Landtagskandidat Philipp Dees kritisierte in seinem Beitrag, dass vor allem im ländlichen Raum das Ansiedeln von großen Einkaufszentren zu einem Sterben von kleineren Läden führe, aber auch zu einem Anstieg des Autoverkehrs, da diese großen Zentren ohne Auto gar nicht erreicht werden könnten. Er wies außerdem auf die Notwendigkeit der Stadt-Umland-Bahn (StUB) hin, die einen großen Teil des Autoverkehrs ersetzen und Erlangen und die gesamte Metropolregion modernisieren würde.

Breite Themenvielfalt

In der anschließenden Diskussion wurden eine Vielzahl von Themen angesprochen: Das nach wie vor fehlende Semesterticket, das Erlangen als Universitätsstadt im Vergleich sehr unattraktiv wirken lässt; die noch immer ausbaufähige Barrierefreiheit in der Stadt und in den einzelnen Verkehrsmitteln. In diesem Bereich bestehe, so die übereinstimmende Überzeugung, noch eine Menge Handlungsbedarf, da sowohl Ältere als auch Menschen mit Bewegungseinschränkungen ein Recht auf Teilhabe, Lebensqualität und ein selbstbestimmtes Leben haben.

Stadt-Umland-Bahn, ein zukunftsträchtiges Projekt

Bestimmendes Thema des Abends war die Stadt-Umland-Bahn. Esther Schuck von der Bürgerinitiative für umweltverträgliche Mobilität im Schwabachtal wies darauf hin, dass viele Städte bereits erfolgreich auf die Straßenbahn gesetzt haben und damit sowohl den Handel als auch das Lebensgefühl der Menschen verbessert hätten. Der Erlanger Planungsreferent Josef Weber stellte das geplante Verkehrsprojekt in Beziehung zur notwendigen Stadtentwicklungspolitik und erläuterte auf Nachfrage die aktuellen Berechnungen zur Finanzierung. Kurt Greiner, Ortsvorsitzender des Erlanger Einzelhandels signalisierte Unterstützung der StUB durch den Einzelhandel, allerdings nur, wenn die Finanzierbarkeit, auch mithilfe der Förderung von Bund und Land, feststeht.

Während Prof. Knoflacher darauf hinwies, dass alles finanzierbar sei, sobald der politische Wille dafür feststeht, bemerkte Florian Janik, dass die Finanzierung über viele Jahre gestreckt würde und betonte, dass Erlangen ansässige Firmen nur halten könne, wenn es sich um eine Verkehrsanbindung kümmert, die die Arbeitnehmer an den jeweiligen Standort bringen kann.

Janik: "Im Dialog mit den Bürgern gestalten!"

Zusammenfassend stellte Florian Janik, der die Veranstaltung erfrischend moderierte fest, dass trotz unterschiedlicher Standpunkte der Podiumsteilnehmer Einigkeit darüber hersche, dass eine Reduzierung des Autoverkehrs in Erlangen das langfristige Ziel sein muss. "Der öffentliche Verkehr in Erlangen braucht ein attraktives neues Angebot

als Alternative zum Auto", fasste Janik zusammen. "Dieser Prozess muss jedoch von einer intensiven Beteiligung der Bürger begleitet werden. Nur so kann es uns gelingen, den Verkehr und die Infrastruktur in Erlangen gemeinsam attraktiver zu gestalten."

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 10. Juli, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Themen:

- Aktuelles
- "Neoliberale Politik, EURO-Krise und die Politik der EU" (Bericht Helmut Pfister)

Auch der WiPo-AK ist natürlich offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht.

Helmut Pfister

Arbeitskreis "Frieden und Internationalismus"

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 31. Juli, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Themen:

- Aktuelles
- Rüstungsexport-Antrag
- Fortsetzung unserer Arbeit zum Positionspapier "Frieden und Abrüstung

 Kooperaton und Entwicklung" (s.a. www.fen-net.de/dr.helmut.pfister unter "Internationalismus reloaded")

Wir laden alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht, herzlich ein, mitzuarbeiten, mitzudiskutieren oder auch nur erstmal zuzuhören, je nach Gusto

Helmut Pfister





EIN BESSERES LAND KOMMT NICHT VON ALLEIN.

Geschichte und Kultur – Festakt zu 150 Jahre SPD

Liebe Genossinnen und Genossen, am 24. August findet um 19 Uhr im Redoutensaal die Festveranstaltung zum 150jährigen Bestehen statt.

Der Kartenvorverkauf beginnt ab Donnerstag, 4. Juli bei Jutta Ledertheil im Büro der UB-Geschäftsstelle an folgenden Tagen: Mittwochs von 9:00 bis 14:00, donnerstags von 13:00 bis 18:00. Verbindliche Kartenreservierungen sind telefonisch unter 8126511 oder per Mail Jutta.Ledertheil@spd.de möglich. Die Karte kostet 14 Euro und ermäßigt 12 Furo.

Was wird geboten?

Nora Gomringer, fränkische Lyrikerin und Performancekünstlerin. Vorsicht: Nora Gomringer könnte Euch amüsieren, irritieren, aus den richtigen Gründen zum Weinen bringen! Ist Alles schon vorgekommen. Sie rezitiert, schreibt und liest preisgekrönt vor.

Thomas Fink, Herzogenauracher Pianist, Musiklehrer und Komponist. Seit einem halben Jahrhundert ein international bekannter Jazzmusiker und einer der swingendsten Pianisten Deutschlands. Thomas Fink verfügt über alles, was man von einem Topsolisten erwartet. Schon nach ein paar Takten schafft er es, den Kontakt zum Publikum herzustellen.

Carola Grey, Jazzschlagzeugerin und Komponistin. Grey jammte, tourte, gab Workshops, produzierte CDs und erlangte dadurch den Ruf, Deutschlands bekannteste moderne Drummerin zu sein. Sie veröffentlichte mehrere CDs für die sie auch die Musik schrieb und komponierte. Diese schafften es zum Teil bis in die Top Ten der amerikanischen Jazz Charts.

Rainer Glas, Erlanger Jazz- und Weltmusikbassist, Grafiker und Maler. Er begeistert mit einer eigenständigen Musik, die über den Tellerrand schaut, Grenzen überwindet und die Musik aller Kontinente im Gepäck hat. In Erlangen ist Rainer Glas als künstlerischer Leiter der Erlanger Jazz-Workshops und viele Aktivitäten im E-Werk und anderen Spielstätten bekannt.

Alle Künstler haben bereits viele Auszeichnungen und Preise erhalten.

Die Geschichte wird in drei kurzen Blöcken vorgetragen. Ein lohnender Abend!

Die SPD feierte Geburtstag: Familienfest auf dem Neustädter Kirchenplatz

(pd) Die meisten, Organisatoren wie Gäste, blickten bange zum Himmel: Noch am Mittag, kurz bevor das Familienfest zum 150. "Geburtstag" der SPD beginnen sollte, regnete es in Strömen.

Der Rundgang zur Geschichte der SPD in Erlangen fiel diesem Wetter zum Opfer und wurde in das Festzelt verlagert. Pünktlich zum Festbeginn um 15 Uhr aber klarte der Himmel auf, und die SPD konnte bei Sonnenschein und warmen Temperaturen feiern. Angelockt vom dann doch guten Wetter und den Trommlern, die lautstark für das Fest warben, strömten zahlreiche Besucherinnen und Besucher auf den Festplatz und wurden dort durch ein abwechslungsreiches Programm unterhalten: Musik von "Gerhard und Gerd" gab es ebenso wie politische Gesprächsrunden

mit den Kandidatinnen und Kandidaten für die anstehenden Wahlen. Den Höhepunkt bildete dabei der Auftritt des Schulzirkus' "Mozarella", der von den Gästen mit heftigem Applaus bedacht wurde.

Für die Kinder war mit Spielmöglichkeiten (die auch bei den Jusos regen Anklang fanden), Kinderschminken und einigem mehr ebenso gesorgt wie für das leibliche Wohl der Gäste. An dem dann schönen Sommerabend saßen die Gäste noch lange zusammen.

Herzlichen Dank an dieser Stelle an die Or-

ganisatorinnen und Organisatoren um Martina Stamm-Fibich, Jutta Ledertheil und Manfred Dohmstreich!

(weitere Bilder vom Fest auf der nächsten Seite – alle von Günter Laurer)



Impressionen vom Familienfest



Veranstaltungen im Landtagswahlkampf:

- Achtstufiges Gymnasium: Augen zu und durch? 16. Juli, 19:30 Uhr, Wabene
- Auf dem rechten Auge blind? Bayern und der Kampf gegen Rechtsradikalismus.
 23. Juli, 19:30 Uhr, IG-Metall-Saal

(pd) Mit zwei Veranstaltungen startet die Erlanger SPD im Juli in die heiße Phase des Landtagswahlkampfs. Bei der Veranstaltung "Achtstufiges Gym-

nasium: Augen zu und durch" wird, wie der Titel schon verrät, das achtstufige Gymnasium (G8) im Mittelpunkt stehen, das noch unter Edmund Stoiber völlig überstürzt eingeführt wurde. Mehrere sogenannte "Reformen" haben die Probleme dort – wie die hohe Arbeits- und Prüfungsbelastung – nicht lösen können.

Als Referent für die Veranstaltung konnten wir **Rupert Appeltshauser** gewinnen. Als Gymnasiallehrer hat er selbst die Einführung des G8 erlebt und seine Erkenntnisse in einem Buch zusammengefasst. Dieses wird er uns vorstellen und seine Thesen mit uns diskutieren. Geplant ist dabei keine klassische Lesung, sondern eben eine ausführliche Diskussion, in der auch mögliche Verbesserungen – wie die von

> der SPD vorgeschlagene flexiblere Dauer des Gymnasiums – eine Rolle spielen werden.

> Die Veranstaltung findet statt am 16. Juli um 19:30 Uhr im "Wabene" in der Henkestraße 53.

In einer zweiten Veranstaltung wollen wir uns mit dem Kampf gegen Rechtsradikalismus inbesondere in Bayern beschäftigen.

Unser Referent **Franz Schindler** hat als Vorsitzender des Rechtsausschusses und insbesondere des Untersuchungsausschusses zur "NSU" im bayerischen Landtag vielfältige Einblicke in das Versagen der staatlichen Behörden in

diesem Themengebiet gewinnen müssen. Nicht nur dieses wird uns aber beschäftigen, sondern auch die Frage, wie wir den Kampf "gegen Rechts" stärken können. Denn klar ist: Dieser muss nicht nur von Behörden und der Politik getragen werden, sondern breit von der Gesellschaft. Nur dann kann er erfolgreich sein

Diese Veranstaltung findet statt am 23. Juli, 19:30 Uhr im IG-Metall-Saal, Friedrichstraße 7. Vor der Veranstaltung, voraussichtlich ab 17:00 Uhr, wird der Film "Blut muss fließen" gezeigt, der sich mit der rechtsradikalen Musikszene beschäftigt (die Aufführung wird auf Initiatve der Jusos organisiert von der SPD-Landtagsfraktion). Der genaue Ort stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest, wird aber im Internet bekanntgegeben.

Wir freuen uns für beide Veranstaltungen auf zahlreiche Gäste!

JA zu Erlangen: SPD stellt Stadtratsliste auf

(pd) Mit großen Mehrheiten hat die Erlanger SPD ihre Liste für die Stadtratswahl 2014 aufgestellt. Angeführt von Oberbürgermeister-Kandidat Dr. Florian Janik, der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ursula Lanig und Landtagskandidat Philipp Dees findet sich auf der Liste ein breiter Ouerschnitt durch die Erlanger Bevölkerung: Aktive Gewerkschafter genauso wie Selbstständige und Freiberufler, und auch alle Altersgruppen sind vertreten. 10 Kandidatinnen und Kandidaten auf den ersten 20 Plätzen der Liste gehören bisher nicht dem Erlanger Stadtrat an. Bei der Aufstellung gab es keine einzige kontroverse Abstimmung: Ein Zeichen für die gute Vorbereitungsarbeit der Listenfindungskommission und des Kreisvorstands.

Die komplette Liste:

- 1. Dr. Florian Janik
- 2. Ursula Lanig
- 3. Philipp Dees

- 4. Sandra Radue
- 5. Wolfgang Vogel
- 6. Gisela Niclas
- 7. Dirk Goldenstein
- 8. Barbara Pfister
- 9. Munib Agha
- 10. Felizitas Traub-Eichhorn
- 11. Dr. Andreas Richter
- 12. Birgit Hartwig
- 13. Norbert Schulz
- 14. Christine Bauer
- 15. Dr. Michael Zimmermann
- 16. Elizabeth Rossiter
- 17. Volker Lang
- 18. Anette Christian19. Robert Thaler
- 20. Susanne Spitz
- 21. Rolf Schowalter
- 22. Grit Nickel
- 23. Christian Maurer
- 24. Dr. Johanna Behringer
- 25. Gerd Worm
- 26. Monika Fath-Kelling
- 27. Christof Präg

- 28. Nina Gunkelmann
- 29. José Luis Ortega Lleras
- 30. Saskia Coerlin
- 31. Johannes Staedtke
- 32. Katrin Hurle
- 33. Sören Brandmähl-Kraus
- 34. Marianne Vittinghoff
- 35. Manuel Michniok
- 36. Gertrud Reich-Schowalter
- 37. Peter Weierich
- 38. Gabi Dorn-Dohmstreich
- 39. Marius Rossmeissl
- 40. Brigitte Rohr
- 41. Wolfgang Peter
- 42. Ute Guthunz
- 43. Dr. Andreas Arnold
- 44. Helga Steeger
- 45. Dr. Jürgen Belz
- 46. Magdalena Zoglauer
- 47. Dr. Markus Beier
- 48. Gunda Gerstenmeyer
- 49. Gerd Peters
- 50. Julie Mildenberger

Frühschoppen bei strahlendem Sonnenschein

(rs) Wir hatten im Distrikt Tennenlohe ein Konzept entwickelt, von dem wir nicht sicher waren, ob es aufgehen würde. Der Frühschoppen sollte ähnlich wie das Familienfest auf dem Neustädter Kirchenplatz dazu dienen, dass viele interessierte Leute kommen, um mit uns zu feiern, die Atmosphäre in naturnaher Umgebung zu genießen (Kornfeld, Wiese mit Kornblumen und Mohn, Bachnähe mit großen Baumgruppen) und viele gute Gespräche zu führen.

Die Vorbereitungen sind gründlich durchgeführt, die Öffentlichkeit war informiert worden (Tennenloher Bote, Plakatierung in Tennenlohe, Monatsdem Kreisverband und den Nachbardistrikten waren zahlreich erschienen, zum großen Teil sogar per Fahrrad: Unser OB-Kandidat Dr. Florian Janik, Stadt- und Bezirksrätin Gisela Niclas, die SPD-Landtagskandidatin aus dem Landkreis Alexandra Hiersemann, unser eigener Landtagskandidat Philipp Dees. Außerdem: die Stadträtin Barbara Pfister und ihr Kollege Robert Thaler, zugleich Betreuungsstadtrat für Tennenlohe, Dieter Rosner, Kreisvorsitzender, und seine Stellvertreterin Sandra Radue, der Juso-Vorsitzende

sitzende Gabi

Dorn-Domstreich und last, not least der Bevollmächtigte der IG-Metall und Kreisvorsitzendende des DGB, der Genosse Wolfgang Niclas. Alle haben sich sehr wohl gefühlt und geführt. Unser



Munib Agha, zu- SPD-Brezeln von der Tennenloher Großbäckegleich Distrikt- rei "Der Beck" als spezielle Sonderanfertigung vorsitzender von extra für unser Fest gefertigt. Von den 100 Bre-Anger-Bruck, aus zeln blieb keine einzige übrig. Das Bild zeigt von Frauenaurach links: Elena Schowalter, Gertrud Reich-Schowaldie Distriktvor- ter und Rolf Schowalter.

Konzept ist voll und ganz aufgegan-

Als Distriktvorsitzender bedanke ich mich bei den vielen Tennenloher/ innen sowie den genannten Genossinnen und Genossen aus der Stadt, die unserer Einladung gefolgt sind, und dem Kreisverband für die finanzielle Unterstützung. Der Dank geht auch an Fritz Klein von der Schlossgaststätte, der uns sehr unterstützt hat, an die Bäckerei Beck für die aufwändige Herstellung der besonderen SPD-Laugen-

brezeln und vor allem an meine Tennenloher Genossinnen und Genossen, die geräuschlos ihre Aufgaben wahrgenommen und absolut zuverlässig erfüllt haben. Auf sie ist bei Planung, Vorbereitung und Durchführung einer solchen Veranstaltung immer und jederzeit Verlass. Darauf kann man stolz sein. Dank auch dem Duo Wulli und Sonja, die sich den Termin freigeschaufelt haben und zu uns an den Wendehammer gekommen sind, um uns mit guter Musik zu unterhalten. Dank auch besonders an meine Frau Gertrud, die die Idee zu dieser Veranstaltung hatte.



Alle Plätze waren besetzt, wobei das Bild noch nicht ein- die Atmosphäre sehr mal den ganzen Bereich erfasst hat. Wir hatten Glück mit genossen. Es wurden dem Wetter, insofern es sonnig, aber nicht zu heiß und sehr viele gute Gespränicht schwül war wie an den Folgetagen

spiegel, Erlanger Nachrichten). Als zum offiziellen Beginn um 11.00 Uhr nur drei Besucher da waren, wurde es spannend. Aber dann trudelten sie ein und um 11.30 Uhr, als unser Musikduo Wulli und Sonja (in sehr angenehmer Lautstärke!) zu spielen begann, waren alle Plätze restlos besetzt, sogar unsere diversen Gartenmöbel, die wir zusätzlich aufgestellt hatten. Mit dem Besuch von anfänglich ca. 80 Personen konnten wir mehr als zufrieden sein, mit den später Dazugekommenen waren es sogar mehr als 100. Die Weißwürste waren innerhalb von einer dreiviertel Stunde weg, die 100 SPD-Laugenbrezeln vom Beck nur wenig später ebenfalls. Kaffee und die selbstgebackenen Kuchen fanden großen Zuspruch.

Genossinnen und Genossen aus



Wulli und Sonja hatten sich den Termin freigehalten, um uns mit ihrer tollen Musik zu unterhalten

Kämpferin für Gerechtigkeit: Gisela Niclas wird 65

Ende Juli, mitten im Wahlkampf für den Bezirkstag, feiert Gisela Niclas ihren 65. Geburtstag. Statt eines Geburtagsgeschenks gibt es daher von der Partei erst einmal eine Veranstaltung zum Thema "Inklusion" (siehe Seite 7). "Offiziell" gefeiert wird später, erst Anfang September mit einem Empfang zum Geburtstag, und dann hoffentlich nochmals nach dem 15. September, wenn der Wiedereinzug in den Bezirkstag gelungen sein sollte.

Im Bezirkstag hat Gisela Niclas eine Aufgabe gefunden, die perfekt zu ihrem Profil und zu ihren politischen Schwerpunkten passt. Und sie ist diese Aufgabe, die sie seit 2008 wahrnimmt angegangen wie auch all die anderen Mandate, die sie zuvor übernommen hat: Als politische Aufgabe. Sie hat damit im Bezirkstag, der so oft übersehen oder als "unpolitisch" eingeschätzt wird – weil er vermeintlich reine "Sachentscheidungen zu treffen hat einen wichtigen Punkt gesetzt. Ihre Berichte aus dem Bezirkstag (auch in dieser Monatsspiegel-Ausgabe) machen klar, wie ungemein wichtig es ist, gerade im Bezirkstag sozialdemokratische Politik zu vertreten. Denn dort fallen Entscheidungen, die für das Leben vieler Menschen von Bedeutung sind: Ob es um die Qualität der Behindertenfahrdienste geht, um die Weitergabe von Tariferhöhungen

an die Beschäftigten bei den Sozialverbänden (was eigentlich selbstverständlich sein sollte, von CSU, FDP und FW im Bezirkstag aber lange blockiert wurde) oder aktuell um den Erhalt der Bezirkskliniken und der wohnortnahen psychiatrischen Versorgung. Gisela kämpft für diese Punkte nachdrücklich.

Begonnen hat Giselas Lebensweg nicht in Erlangen, sondern in Hessen. Über die IG Metall, für die sie als Gewerkschaftssekretärin u.a. beim Hauptvorstand tätig war, "verschlug" es sie gemeinsam mit ihrem Mann Ende der 1980er Jahre nach Erlangen. Nach wenigen Jahren schon wurde sie 1990 in den Erlanger Stadtrat gewählt und übernahm gleich an herausgehobener Stelle Verantwortung: Als Bürgermeisterin

– in der Nachfolge von Ursula Rechtenbacher – und Sozialreferentin. Auch in dieser Zeit hat sie Akzente für die Stadt gesetzt, unter anderem mit dem ersten Sozialbericht der Stadt Erlangen (die nächste Ausgabe erschien erst nach jahrelangem intensiven "Nachbohren" 2009 – die schwarz-gelbe Stadtratsmehrheit hatte offenkundig kein Interesse an der sozialen Lage in Erlangen).

1996 bewarb sich Gisela dann um die Nachfolge von Dietmar Hahlweg. Ge-



gen eine (auch von den Medien getragene) Stimmung, die Stadt brauche in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einen "Macher" kam sie allerdings nicht an und unterlag Siegfried Balleis.

Gisela hat sich nach dieser Niederlage aber nicht zurückgezogen, sondern für die SPD Verantwortung übernommen: Nachdem sie als Bürgermeisterin und Sozialreferentin ausscheiden musste, übernahm sie den Vorsitz der SPD-Stadtratsfraktion. In den schwierigen Zeiten, in denen sich Fraktion und Partei in der Opposition zunächst zurechtfinden musste und der ein oder andere (leider manchmal auch persönliche und nicht politische) Konflikt in Partei und Fraktion ausgetragen werden musste, hat Gisela die Fraktion zusammenge-

■ Von Philipp Dees Monatsspiegel-Referent



halten (jedenfalls diejenigen, die auch zusammengehalten werden wollten). 2008 hat Gisela den Fraktionsvorsitz abgegeben, ihre Engament im Stadtrat aber nicht beendet.

Auch in der Oppositionsarbeit im Stadtrat blieb der politische Schwerpunkt von Giselas Tätigkeit die Sozialund Arbeitsmarktpolitik. Die Umsetzung der Hartz-IV-Reform in Erlangen als "Optionskommune" durch die GGfA - für die sie sich nachdrücklich eingesetzt hat, um die bewährten Strukturen bei der Betreuung und Förderung von Arbeitslosen in Erlangen zu erhalten – hat Gisela kritisch begleitet. Als Aufsichtsrätin der GeWoBau wie der Erlanger Stadtwerke hat sie sich für eine Politik der Unternehmen eingesetzt, die den Interessen der Menschen dient, und sich erfolgreich gegen die Privatisierungstendenzen der CSU bei beiden Unternehmen gestellt. Und auch an vielen anderen Stellen hat Gisela immer für eine sozial gerechte Stadtgesellschaft gekämpft.

Gisela übernimmt aber nicht nur in politischen Mandaten Verantwortung, sondern auch bei Verbänden und Vereinen. Den ASB hat sie in einer tiefen Krise als Vorsitzende übernommen und wieder zu einem erfolgreichen Sozialverband entwickelt. Auch die Erlanger Naturfreunde führt sie seit Jahren erfolgreich.

Die Erlanger Bürgerinnen und Bürger haben Gisela ihr Engagement immer mit herausragenden Wahlergebnissen gedankt, sei es bei den Stadtratswahlen, bei der Bundestagswahl 2002 (trotz des starken persönlichen Ergebnisses reichte es nicht zu einem Mandat) oder bei der erstmaligen Wahl in den Bezirkstag 2008. Darin drückt sich die hohe Anerkennung aus, die Gisela für ihre Arbeit genießt.

Liebe Gisela, die Erlanger SPD wünscht die zu deinem "halbrunden" Geburtstag alles Gute, Gesundheit, Zufriedenheit und die notwendige Kraft für die bevorstehenden Wahlkämpfe und (nicht nur) deine politischen Aufgaben!

Von den Falken zum Landtagsvize präsidenten Helmut Ritzer feierte seinen 75. Geburtstag

Helmut Ritzer, geboren am 9. Juni 1938 in Buckenhof bei Erlangen, sagt von sich selbst: "Ich bin in die SPD hineingeboren worden, auch wenn 1938 die Nazis an der Macht waren." Er spielt dabei auf die Tatsache an, dass sowohl sein Vater Michael

als auch sein Großonkel Paul im Erlanger Raum nicht nur führende Gewerkschafter, sondern auch engagierte und mutige Sozialdemokraten waren.

Beeinflusst von den beiden großen Vorbildern, aber natürlich auch immer ein bisschen in deren Schatten, wie Helmut einräumt, begann er neben Schule, Abitur an der damaligen Ohm-Oberrealschule und

erfolgreichem Jurastudium an der hiesigen Universität erstaunlich konsequent seinen politischen Weg:

1947 Mitglied bei den "Falken", Sozialistische Jugend Deutschlands, 1954 bis 1958 Jugendleiter bei den "Falken" mit eigener Jugendgruppe, 1957 mit 19 Jahren Eintritt in die SPD, kurz nach Beginn seines Studiums 1960 Wahl zum Vorsitzenden des Sozialistischen Deut-

Der damals frischgewählte SPD-Vorsitzende Helmut Rit- gleichen Grund verzichzer zusammen mit dem Vorsitzenden des Unterbezirks tete auf die Kandidatur Erlangen (Stadt, Landkreis Erlangen und die Landkreise bei der für Mai 1971 anste-Nürnberger Land, Lauf und Hersbruck) Gerald Wanke hende Oberbürgermeisbeim Teach-In des ASTA am 22.4.1968 im neuen Chemie-terwahl, war dann aber Hörsaal an der Henkestr. im Gespräch mit dem damaligen nach seiner beruflichen Rektor der Universität Prof. Johannes Herrmann. Beide Rückkehr nach Nürnberg meldeten sich zu Wort. Laut Helmut Ritzer ist ihre Aktion bereit, 1972 als Kandidat in der Presse sehr positiv aufgenommen worden, "weil der SPD für den neu gewir als einzige Partei Flagge gezeigt haben" (Bild: Stadt- bildeten Großlandkreis archiv Erlangen, Fotonachlass Rudi und Hilde Stümpel) Nürnberger Land anzutre-

schen Studentenbundes, aber wenig später Übertritt zum neugegründeten Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB), und dessen Vorsitzender von 1960 bis 1963. Und dann, gerade mal 30 Jahre alt, 1968 bis 1970 auf Wunsch von

> Peter Zink als dessen Nachfolger Vorsitzender der Erlanger SPD und stellvertretender Vorsitzender des Unterbezirks Erlangen. In dieser Funktion hatte er auch gute Chancen, als Nachfolger von Josef Felder 1969 für den Bundestag zu kandidieren, unterlag aber knapp mit einer Stimme dem innerparteilichen Mitbewerber Dieter Haack.

Beruflich entschied sich Helmut Ritzer nach Ablegung seiner beiden Juristischen Staatsexamen 1968 für das angesehene Rechtsamt der Stadt Nürnberg. Dort bekam er als besonders tüchtiger Verwaltungsjuristen 1970/71 die Chance, an dem renommierten eineinhalbjährigen Lehrgang für Verwaltungs- führung der Bayerischen Staatskanzlei teilzunehmen. In dieser Zeit zudem die Promotion zum

> Dr. Jur. und dann 1973 die Ernennung zum Leiter des Amtes für Öffentliche Ordnung und Umweltschutz der Stadt Nürnberg (bis 1982), mit dem Auftrag, eine schlagkräftige Umweltbehörde gegen das seinerzeitige große Vollzugdefizit aufzubauen.

> Seine hohen Erlanger Parteiämter hatte Helmut Ritzer 1970 abgegeben, weil ihm während der eineinhalb Jahre in München die dafür notwendige Zeit vor Ort fehlte. Aus dem

Von Dr. Dietmar Hahlweg Altoberbürgermeister



ten. Dies bewog ihn, mit seiner Frau und seinen zwei Kindern von Erlangen nach Rückersdorf und später nach Schwarzenbruck umzuziehen. Die Landratswahl konnte er zwar nicht gewinnen. Er wirkte aber als Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion von 1972 bis 1978 6 Jahre lang erfolgreich an der reizvollen Aufgabe mit, drei Altlandkreise unter einen Hut zu bringen.

Eine entscheidende Veränderung für sein politisches und berufliches Leben bringt das Jahr 1982. Helmut Ritzer zieht als Kandidat für den Stimmkreis Nürnberger Land in den Bayerischen Landtag ein und kann dort in insgesamt 5 Legislaturperioden bis 2003 seine inzwischen reichen beruflichen- und kommunalpolitischen Erfahrungen in die parlamentarische Arbeit einbringen.

Er hat einen sehr guten Start als Mitglied des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, dem er als ausgewiesener Umwelterperte fast 10 Jahre angehört. Der ebenfalls sehr problembewußte Auschussvorsitzende Alois Glück (CSU) schätzt an dem jungen Kollegen von der SPD besonders dessen praktische Erfahrungen mit dem Umweltschutz an der Basis in der Halbmillionenstadt Nürnberg. 1985 wird Helmut Ritzer stellvertretender Vorsitzender des Untersuchungsausschusses "Wiederaufbereitunganlage Wackersdorf", er, der jahrelang mit vielen entschieden gegen dieses Projekt gekämpft hatte. Ab 1991 bis 1998 leitet er fast zwei Legislaturperioden als Vorsitzender den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden. Die verantwortungsvolle Arbeit in diesem sog. Petitionsausschuss ist ihm wegen der Vielfalt der Anliegen und dem damit verbundenen direkten Kontakt mit dem Bürger ganz besonders wichtig. 1998 schließlich wählt der Landtag Helmut Ritzer auf Vorschlag der SPD Fraktion für die Periode 1998 bis 2003 zu seinem Ersten Vizepräsidenten. Er wird damit auch Mitglied des Präsidiums und des Ältestenrates des Bayerischen Landtags. Vor ihm hatte Karl-Heinz Hiersemann dieses hohe parlamentarische Amt von 1992 bis zum Tod am 15. Juli 1998 inne.

Im Oktober 2003 beendet Helmut Ritzer seine parlamentarische Karriere, hochdekoriert mit dem bayerischen Verdienstorden, der bayerischen Verfassungmedaille in Gold und dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

In allen Fraktionen hat er sich in den insgesamt 21 Jahren mit seiner hohen Kompetenz und seinem stets am Bürger und an der Sache orientierten engagierten Einsatz großen Respekt und viel Sympathie erworben. Dies gilt in gleichem Maß für seine politische Basis im Nürnberger Land. Von 1984 bis 1999 war er dort Kreisvorsitzender und wurde 2003 zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Hier ist auch weiter seine politische Heimat mit vielfältigen Verpflichtungen, daneben engagiert er sich mit viel Einsatz als Vorsitzender der Fränkischen Arbeitsgemeinschaft. Seit 1999 wohnen Helmut und seine Frau Renate wieder in Erlangen und fühlen sich hier sehr wohl.

Lieber Helmut, auch die Erlanger SPD ist stolz auf Dich und sehr dankbar für das, was Du von jungen Jahren an in unserer Partei zum Wohle der Menschen in Stadt und Land geleistet und erreicht hast. Zum 75. Geburtstag wünschen wir Dir und Deiner Familie alles, alles Gute.

Dietmar Hahlweg

Aktuelles aus dem Bezirkstag

Zuletzt hatte ich euch im Frühjahr darüber berichtet, dass die CSU-Mehrheit im Verwaltungsrat der Bezirkskliniken (der Einfachheit halber zähle ich die Vertreterin der FW inzwischen auch dazu), gegen die Position der SPD ein fragwürdiges Konsolidierungskonzept zum Abbau des Millionendefizits beschlossen hat. Details siehe MS April und/oder auf der Homepage der SPD-Bezirkstagsfraktion. Inzwischen wurde der bisherige "Interimsvorstand" für die nächsten 5 Jahre als Vorstand berufen.

Bezirkskliniken Mittelfranken: Fatale Personalentscheidung an der Spitze

Am 7. Mai konnten wir im Regionalteil der EN lesen, dass die Bezirkskliniken einen neuen Chef suchen. Obwohl das Stellenbesetzungsverfahren noch in vollem Gang war, setzte sich einer der Bewerber, der bisherige Interimsvorstand N., über die Presse wirkungsvoll in Szene. Er muss sich also bereits vor der Entscheidung, die Mitte Mai getroffen wurde, seiner Sache sehr sicher gewesen sein. Da drängt sich schon massiv der Eindruck auf, dass das ganze Verfahren von Anfang an eine Farce war und andere ernsthafte und seriöse Bewerber von vorneherein keine Chance hatten. Sie "dienten" offenbar Von Gisela Niclas
Bezirksrätin



lediglich dazu, nach außen den Anschein eines fairen Auswahlverfahren zu erwecken. Das ist Personalpolitik à la CSU!

Als ob das noch nicht genug ist, wurde der marode Zustand der Kliniken hervorgehoben. Ja, viel Bausubstanz an den Standorten Erlangen und Ansbach ist marode, die weit verstreuten Gebäude erschweren zudem wirtschaftliche Arbeitsabläufe. Seit Jahren drängt die SPD auf ein umfassendes Sanierungskonzept, aber nichts ist bisher geschehen. Der alte Vorstand durfte mit dem Segen der CSU-Mehrheit vor sich hinwerkeln und der neue? Der propagiert Personalabbau, Lohndumping und Outsourcing. Außerdem wird auf seinen Vorschlag hin die einzige noch verbliebene Station für Suchtkranke in Engelthal geschlossen, weil sie nicht genug Geld erwirtschaftet. Die Beschäftigten sehen es mit Recht kritisch, dass die "ganz oben" verursachten Probleme nun durch Mehrheitsbeschlüsse des Verwaltungsrates auf ihrem Rücken und auf dem der Patientinnen und Patienten ausgetragen werden sollen.

Der neue Klinikchef hat noch im Herbst 2012 bei einer Informationsveranstaltung im Klinikum am Europakanal, bei der ich persönlich anwesend war, zugesagt, es werde keine personellen Abstriche im medizinischen Bereich geben. Auf einer Personalversammlung im April 2013 in Ansbach, bei der ich als Gast des örtlichen Personalrats anwesend war. wurde jedoch bekanntgegeben, dass ein kompletter Pflegekräfte-Jahrgang nach dem Ende der Ausbildung am Standort Ansbach nicht übernommen wird - trotz deutlich ansteigender Überlastungsanzeigen durch die Beschäftigten.

Auch konnte er trotz mehrfacher Nachfragen aus der Belegschaft in keinster Weise herleiten, wie die von ihm geforderten Einnahmesteigerungen in der stationären Psychiatrie – dem Kernstück seines Konsolidie-

Manfried Symanek ist Ehrenvorsitzender der IG-Metall-Senioren

(cz) Im Rahmen einer prominent besuchten Feierstunde ernannten die Erlanger IG-Metall Senioren Manfried Symanek zu ihrem Ehrenvorsitzenden. Mit dieser Auszeichnung wurde Manfried Symaneks langjährige Arbeit für die Erlanger IG-Metall-Senioren gewürdigt. Bereits seit 1946 Mitglied der IG-Metall, engagierte sich Manfried Symanek, der 1965 zu Siemens nach Erlangen wechselte, unter anderem als Betriebsrat. 1991 übernahm er den Vorsitz der Erlanger IG-Metall-Senioren, die er 17 Jahre lang leitete. In seiner Amtszeit weiteten die IG-Metall-Senioren ihre Aktivitäten stark aus. Neben ihrer politischen Arbeit etablierten die Gewerkschaftssenioren beispielsweise eine eigene Kegelgruppe oder die Gesangsgruppe "Reif & Rüstig". Als Vorsitzender

der IG-Metall-Senioren setzte Manfried Symanek aber auch sein Engagement für die Städtepartnerschaft zwischen Erlangen und Jena fort, das er bereits in seiner insgesamt 14-jährigen Amtszeit als Erlanger SPD-Stadtrat begründet hatte. Die Wertschätzung für die Leistungen Manfried Symaneks drückten sich nicht zuletzt darin aus, dass unter den zahlreichen Gästen der Feierstunde auch der Oberbürgermeister der Stadt Erlangen, der Vorsitzende der IG-Metall Senioren Jena, SPD-Bundestagskandidatin Martina Stamm-Fibich und SPD-Landtagskandidat Philipp Dees anwesend waren.

Der SPD-Distrikt Ost gratuliert Dir, lieber Manfried, ganz herzlich zu der Auszeichnung und wünscht Dir viele weitere gesunde und aktive Jahre! rungskonzeptes – zustande kommen sollen. Wie denn auch? Angesichts des fachlich und politisch gewollten Ausbaus ambulanter Versorgungsstrukturen ("gemeindenahe Psychiatrie") einerseits und der bevorstehenden Einführung der psychiatrischen Fallpauschalen andererseits ist die auf Vorschlag des Interimsvorstands per CSU-Mehrheitsbeschluss durch den Verwaltungsrat verordnete Einnahmesteigerung unseriös. Auch im Zusammenhang mit dem geplanten Outsourcing des gesamten nichtmedizinischen Personals in eine weitere Service-GmbH konnte der damalige Interimsvorstand und jetzige Chef wiederum der Belegschaft nicht schlüssig darlegen, wie mit Outsourcing ohne Qualitätsverlust der Arbeit Kostensenkungen erzielt werden sollen. Eine fatale Personalentscheidung, die für den Spitzenposten der Bezirkskliniken getroffen wurde!

Die Bezirkskliniken kranken am Gesundheitssystem

Dass die Kliniken rote Zahlen schreiben, liegt ganz ohne Frage erheblich an Defiziten, Versäumnissen und fehlender Transparenz des bisherigen Managements und der sie stützenden politischen Mehrheiten. Aber auch auf die Bezirkskliniken wirkt ganz massiv die negative, ausschließlich auf Ökonomisierung ausgerichtete Krankenhausfinanzierung. Es sei an dieser Stelle verwiesen auf die "Berliner Petition" vom Februar 2013. Auf Initiative der Deutschen Krankenhausgesellschaft haben sich die kommunalen Spitzenverbände, die Deutsche Rentenversicherung, die Wohlfahrtsverbände u.a. an den Deutschen Bundestag gewandt unter der Überschrift "Klinikgipfel fordert faire Krankenhausfinanzierung. Es droht ein Problem von nationalem Ausmaß". Erste Reaktionen aus Berlin hat es mit der Ankündigung einer Zahlung von rund 160 Millionen Soforthilfe bereits gegeben. Es ist ja schließlich Wahljahr.

Gefordert: Faire Krankenhausfinanzierung durch Bund und Land, integriertes Zukunftskonzept im Bezirk

Fazit: Die Bezirkskliniken müssen bewahrt werden vor einer Sanierung mit 08/15-Rezepten, die anderswo bereits ihre Untauglichkeit bewiesen haben; sie brauchen eine faire Krankenhausfinanzierung, ein bauliches und medizinisch fundiertes und mit den mittelfränkischen Versorgungsstrukturen vernetztes Zukunftskonzept. Ökonomisierungsdiktat müssen nachhaltige Behandlung der Patienten, gute Arbeit für die Beschäftigten und Wirtschaftlichkeit in einen fair ausbalancierten Dreiklang gebracht werden. Ein weiterer wichtiger Grund, warum der mittelfränkische Bezirkstag sozialdemokratischer werden muss.

Gastbeitrag: Der Stadtverband der Kulturvereine

Liebe Genossinnen und Genossen, seit dem Frühjahr 2012 habe ich den Vorsitz im Stadtverband der Erlanger Kulturvereine als Nachfolger von Karl-Heinz Lindner angetreten. Ein Schritt, der viele neue, anspruchsvolle Aufgaben für mich mit sich brachte. Die Kehrseite der Medaille ist freilich, dass ich dafür den Distriktvorsitz in der Anger/Brucker SPD aufgeben musste. Alles kann man nun mal nicht unter einen Hut bringen. Auch hat ein Tag nur 24 Stunden und von denen bleibt bei Vollzeitberufstätigen wie mir sowieso nicht allzu viel übrig. Letztlich verlangt der Vorsitz in

Die Aufgabe, die der Stadtverband Kultur für die Gesellschaft, seine über 90 Mitgliedsvereine und deren Mitglieder ausfüllt, deckt sich aus meiner Sicht weitgehend mit den Zielen fast aller Parteien und damit natürlich auch mit denen der SPD. Es geht letztlich um die Schaffung von Netzwerken und die Solidarisierung unserer Gesellschaft. Der Stadtverband hat, wie schon der Name sagt, das Ziel, Menschen in dieser Stadt und darüber hinaus zu verbinden. Das gilt über alle Altersgruppen, Nationalitäten, Religionen, Kulturen und Weltanschauungen hinweg und umfasst

Von Gerd Worm

Vorsitzender des Stadtverbands der Erlanger Kulturvereine



leistet somit einen deutlichen Beitrag zur Integration auch ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Er verwirklicht ein Stück Willkommenskultur. Das werdet Ihr feststellen wenn Ihr mal auf unserer Homepage unter www.erlanger-kulturvereine.de die Mitgliedsvereine anschaut.

Dieses Bestreben ist auch und gerade im sozialdemokratischen Gedankengut verwurzelt. Andernfalls hätte ich mir nicht vorstellen können, diese Ziele als Vorsitzender des Stadtverbands zu unterstützen.

Ich hoffe, ich habe Euch ein wenig neugierig auf den Stadtverband gemacht. Lasst uns gemeinsam, jeder auf seine Weise, auch in diesen (Wahl-) Jahren, dazu beitragen, eine weitere Spaltung unserer Gesellschaft zu verhindern.

Solidarische Grüße Gerd Worm





einem unparteiischen Verband von mir auch als oberster Gebot parteipolitische Neutralität in dieser Rolle.

Aber keine Sorge – von unseren Grundsätzen bin ich dennoch nicht abgerückt. Eher ist das Gegenteil der Fall.

jedweden sozialen Stand. Der Verband ermöglicht Kontakte zwischen Menschen in seinen Mitgliedsvereinen und über die Staatsgrenzen hinweg. Man denke nur an unsere Beteiligung an der Pflege der Städtepartnerschaften. Er

Vorschau: 33. Poetenfest vom 29. August bis 1. September

"Die Sonne scheint, Erlangen ist rund ums Schloss zu einer einzigen poetischen Spielwiese geworden, "ein Salzburg der Literatur" (Norbert Niemann), ach was, "ein Woodstock der Literatur" (Ingo Schulze). Auf drei Podien wird hier gelesen, was die deutsche Gegenwartsbelletristik in diesem Herbst hergibt. An

Biertischen sitzend, lauschen die Menschen mit heiterer Aufmerksamkeit... Erlangen ist nicht Salzburg, ist nicht Woodstock, sondern der vorübergehende Garten Eden der Literatur – ein Ort und eine Zeit der Schwebe: Al-

les erscheint offen, der Urlaub zieht sich länger hin, als gedacht..." schrieb "Die Zeit" am 4. September 2008 – und daran hat sich nichts geändert!

Das 33. Erlanger Poetenfest lässt vom 29. August bis 1. September literarische

Höhepunkte des Frühjahrs Revue passieren und wirft noch vor der Frankfurter Buchmesse einen ersten Blick auf viel versprechende Neuerscheinungen des deutschsprachigen Bücherherbstes. Da die Veranstalter. das Kulturprojektbüro und die bewährte Mann/Frauschaft um Bodo Birk, auch noch die Lesungen der "Tage der deutschsprachigen Literatur" mit dem bedeuten-Ingeborg-Bachmann-Preis in Klagenfurt in das Programm einbeziehen, gibt es Informatiopräzise nen erst Ende Juli.

Es werden wieder viele (letztes Jahr über 80) renommierte AutorInnen und Newcomer nach Erlangen kommen. SchriftstellerInnen, Literaturkritiker und (Sachbuch!)-Publizisten treffen sich zu Lesungen, Ge-

sprächen und Diskussionen und stellen sich im Markgrafentheater, im Redoutensaal und anderen Räumen (auch der Uni im Schloss) den ZuhörerInnen zum Gespräch. Ein Höhepunkt (neben den Autorenportraits und Diskussionen im Saal) ist bei gutem Wetter natürlich samstags/sonntags die "Literatur im

Park" im Schlossgarten – mittlerweile für viele ErlangerInnen der schönste Ort für Begegnungen der etwas anderen Art... Riesenzulauf hat auch regelmäßig die "Kinderabteilung", in der es den AutorInnen ausgezeichnet

gelingt, Kinder (und ihre Eltern) von den Freuden des (Vor)lesens zu überzeugen.

Als besondere Programmpunkte haben sich mittlerweile die "Nacht der Poesie" aus dem barocken Markgrafentheater, die Bayern 2 live überträgt, und die



treffen Blick auf das Poetenfest 2012 (Bild: Erlanger Poetenfest – gen, Ge-Erich Malter)

Von Ursula Lanig

Kulturpolitische Sprecher der Stadtratsfraktion



Erlanger Übersetzerwerkstatt mit Preisverleihung etabliert, Ausstellungen und Filme sind weitere wichtige Programmpunkte des viertägigen Festivals. Politischer Höhepunkt ist die Matinee im Redoutensaal sonntags um 11, in der immer ein aktuelles Thema packend (je nach der Diskussionsfähigkeit der Beteiligten) diskutiert wird – und bei der frühes Kommen wegen der beschränkten Sitzplätze angeraten ist.

Also, liebe GenossInnen, achtet ab Ende Juli auf die Kurzprogramme des Poetenfestes und stellt euch euer persönliches Programm zusammen – soviel Literatur, Begegnung und (auch politische) Diskussion auf einmal in so einer angenehmen gibt's nur einmal im Jahr!

Freundlich/warmes Wetter und viel Freude und interessante Entdeckungen wünscht euch Ursula Lanig

Bis dahin gibt's noch 2x seiten sprünge – Autoren in der Stadt. Die Literaturreihe zwischen den Poetenfesten ist ein Kooperationsprojekt von Kulturprojektbüro, Stadtbibliothek und Volkshochschule der Stadt Erlangen sowie dem Kulturzentrum E-Werk.

Andreas Stichmann liest aus >>Das große Leuchten<<

- Mittwoch, 26. Juni 2013, 20:00 Uhr, Kulturzentrum E-Werk, Kellerbühne, Fuchsenwiese 1
- Einritt: 6,00 / erm. 4,00 Euro
- Kartenvorverkauf im Kulturzentrum E-Werk Erlangen, Telefon: 09131/8005-0

Petra Nacke und Elmar Tannert lesen aus >> Der Mittagsmörder <<

- Donnerstag, 18. Juli 2013, 20:00 Uhr, Bürgerpalais Stutterheim, Innenhof, Marktplatz 1
- Eintritt: 6,00 / erm. 4,00 Euro
- Kartenreservierung im Kulturprojektbüro der Stadt Erlangen, Telefon: 09131/86-1030

Reise nach Nicaragua mit Besuch von Erlangens/Nürnbergs Partnerstadt San Carlos

Vom 9. Januar bis 30. Januar 2014 ist nach den erfolgreichen Reisen 2010, 2011 und 2013 wieder eine weitere Reise

für interessierte Bürger der Städtepartnerschaften Erlangen/Nürnberg – San Carlos nach Nicaragua mit einem dreitägigen Besuch der Partnerstadt San Carlos geplant.

In San Carlos und San Miguelito besteht die Möglichkeit, sich über aktuelle Projekte für Bildung, Gesundheit, Jugendarbeit und Frauenarbeit der Städtepartnerschaften Erlangen/

Nürnberg – San Carlos zu informieren.

Das Ziel dieser Reise ist es u.a., den Teilnehmern die Naturschönheiten und die tropische Fauna und Flora des Landes näherzubringen. Der wissenschaftliche Mitarbeiter des Naturhistorischen Museums in Wien, Peter Sehnal wird mit seinem umfangreichen Wissen zu



diesem Thema deshalb wieder mit dabei sein. Aber es wird auch wie bei den letzten Reisen zu vielen persönlichen Begegnungen mit den Menschen in Nicaragua kommen. Besonders in der

> Partnerstadt San Carlos sind im Laufe der Jahre viele Freundschaften entstanden.

Die Organisation der Reise übernehmen Günther Grosch und Andrea Heine, Mitglieder im Städtepartnerschaftsverein Erlangen - San Carlos bzw. Nürnberg – San Carlos, in der Zusammenarbeit der Reiseleiterin Swenja Janine Schlegel, die mehrere Jahre in Nicaragua gelebt hat und dort u.a. als Reiseleiterin tätig war. Sie hat bereits die Reisen von 2010 bis 2013 erfolgreich organisiert und begleitet und dafür gesorgt, dass jede Reise für die Teilnehmer zu einem unvergesslichen Erlebnis geworden

Zum Abschluss der Reise besteht die Möglichkeit, sich 3 Tage auf Corn Islands an der Karibikküste Mittelamerikas an abgelegenen Stränden vor der Rückreise zu entspannen.

Den genauen Reiseablauf, die Kosten sowie weitere Details zur Reise finden Sie unter: http://www.nica-erlangen.de/index.php/nicaragua-und-sancar los/reiseplanung

Kontaktadressen:

- Guenther Grosch, E-Mail: guenther. grosch@t-online, Tel: 09193 7261
- Andrea Heine, E-Mail:andrea.heine @t-online.de, Tel: 09131 54627

Zur Städtepartnerschaft:

Die Städtepartnerschaften Nürnberg-San Carlos besteht seit über 28 Jahren und Erlangen-San Carlos seit über 23 Jahren. Der Städtepartnerschaftsverein Nürnberg San Carlos e.V. besteht bereits seit über 20 Jahren.

Für Erlangen ist San Carlos mit ca. 12.000 km Entfernung die am weitesten entfernte Partnerstadt. San Carlos ist die Hauptstadt des Verwaltungsbezirks (Departamento) Rio San Juan, San Carlos hat ca. 35.000 Einwohner, der gesamte Bezirk ca. 100.000 Einwohner.

Der Städtepartnerschaftsverein Erlangen San Carlos e.V. wurde im Mai 2011 mit dem Ziel gegründet, sich aktiv in die Städtepartnerschaft einzubringen. Es werden hauptsächlich Projekte im Gesundheitswesen und Bildung in San Carlos/Solentiname und San Miguelito gefördert, die mit den Partnern in San Carlos gemeinsam durch Spendengelder und Zuschüssen der Stadt Erlangen (Agenda 21) ermöglicht werden. So konnten z.B. für das Centro de Salud (Gesundheitszentrum) in San Carlos und in Los Chiles 2 EKG-Geräte angeschafft werden, da für das gesamte Departamento Rio San Juan vorher nur ein einziges EKG-Gerät zur Verfügung stand.

Eine Übersicht über die bisherigen und aktuellen Projekte ist auf der Homepage des Vereins www.nicaerlangen.de zu finden, dort vermittelt auch der Reiseblog die Eindrücke der letzten Reise: http://www.nica-erlangen.de/index.php/nicaragua-undsancarlos/reiseblog





Steuermythos 1: "Steuern bremsen das Wachstum und sind Gift für den Wohlstand"?

 Der Zusammenhang zwischen der Steuerhöhe und dem Wirtschaftswachstum ist keineswegs so eindeutig, wie viele zu wissen meinen. Ob sich hohe Steuern positiv oder negativ auswirken, hängt vor allem davon ab: Was passiert mit den Einnahmen? Was bewirken die Steuern konkret? Wie leicht kann die Steuer umgangen werden?

Steuern und Abgaben verringern einerseits den Anreiz, gewisse wirtschaftliche Aktivitäten durchzuführen, andererseits ermöglichen sie die Erfüllung staatlicher Aufgaben und sind oftmals Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Wirtschaftssystem (Infrastrukturinvestitionen, stabile Nachfrage, Sicherheit, Bildung, soziale Absicherung etc.). Wachstum korreliert keineswegs mit der Höhe der Steuern und Abgaben (s. Abb. 1)

Fakt 1: In Europa sind Länder mit hohen Abgabenquoten genauso unter den Wachstumssiegern wie Länder mit niedrigen Steuern und Abgaben

 Der zweite Teil des Mythos bezieht sich auf die vermeintliche Gefährdung des Wohlstands durch höhere Steuern. Es zeigt sich, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf keineswegs mit der 60% Höhe der Staatseinnahmen korre- 50% liert (s. Abb. 2).

Fakt 2: Das Wohlstandsniveau der Gesellschaften steht in keinem Zusammenhang zur Höhe der Staatseinnahmen. Auch Staaten mit hohen Einnahmen gehören zu den wirtschaftlich erfolgreichsten.

3. Wie wichtig Steuern und ein potenter Staat für das E Wirtschaftssystem sind, hat sich nicht zuletzt in der Wirtschaftskrise Intervention der öffe

der Wirtschaftskrise bewiesen. Die Intervention der öffentlichen Hand ermöglichte nicht nur Bankenrettungsprogramme, sondern auch Konjunkturpakete zur Stärkung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt und stabilisierte die volkswirtschaftlich besonders wichtige private Nachfrage. Zudem hat sich gezeigt, dass Länder mit einer hohen Staatsquote viel eher gegen eine ausufernde Staatsverschuldung gewappnet sind.

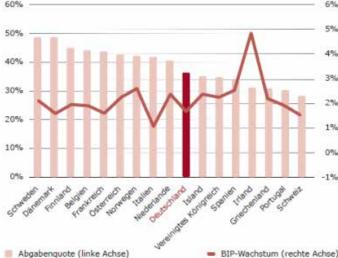


Abb. 1: Zusammenhang zwischen Abgaben in Prozent des BIP und Wirtschaftsleistung pro Kopf in US-Dollar, 2010 (Quelle: OECD)

Fakt 3: Hochsteuerstaaten kamen deutlich besser durch die Finanzkrise als Niedrigsteuerstaaten, die mit wesentlich höheren Budgetdefiziten zu kämpfen hatten

Aus: http://www.steuermythen.de/mythen/ Autor: Nikolaus Kowall, Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung; Zusammenfassung: Rosi Pfister, WiPoAK

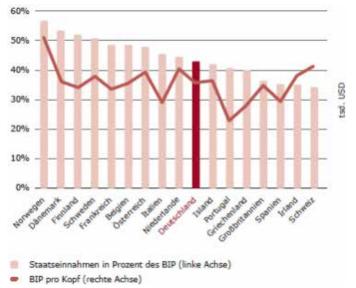


Abb. 2: Zusammenhang zwischen Staatseinnahmen in Prozent des BIP und BIP pro Kopf, beides im langjährigen Mittel von 1990 bis 2010 (Ouelle: OECD)



Abb. 3: Staatseinnahmen relativ zum BIP 2010 und Anstieg der Staatsverschuldung relativ zum BIP in den Jahren 2007-2011 in entwickelten Volkswirtschaften (Quelle: IWF)

Steuermythos 2: "Rekordverdächtige Unternehmenssteuern gefährden den Standort Deutschland"?

Ob Deutschland für Unternehmen ein Hochsteuerland oder ein Steuerparadies darstellt, ist hochgradig umstritten. Dies liegt vor allem an der Sondersituation des deutschen Unternehmenssteuerrechts. Die gesetzlichen Tarife weichen drastisch von der realen Steuerbelastung ab und aktuelle, allseits anerkannte Daten für die effektive Steuerbelastung – also die Steuern, die die Unternehmen tatsächlich entrichten – sind nicht vorhanden.

In Deutschland kam es in den letzten drei Jahrzehnten zu zahlreichen Unternehmenssteuerreformen, die alle nur eine Stoßrichtung kannten: Entlastung. (Steuerreform 1985 in 3 Schritten 1986, 1988 und 1990, 2001 Senkung des Körperschaftssteuersatzes – der Einkommensteuer der Kapitalgesellschaften – auf einheitlich 25 Prozent, Steuerreform 2008 mit einer weiteren Senkung des Körperschaftssteuertarifs von 25 Prozent auf 15 Prozent).

Ingesamt sank der nominelle Tarif der Unternehmensbesteuerung damit von 51,6 Prozent auf 29,8 Prozent. Allein die Unternehmenssteuerreformen seit 2001 entlasteten die deutschen Unternehmen um etwa 22 Mrd. Euro.

Fakt 1: Zwischen 1985 und 2010 wurden die Unternehmen im Zuge von Steuerreformen stetig entlastet.

Wie hoch ist die aktuelle Steuerlast für Unternehmen?

Wie wichtig sie für die Investitionsentscheidungen von Unternehmen sind ist umstritten, so wie überhaupt umstritten ist, welche Rolle die Steuern für Standortentscheidungen spielen.

Nominale Unternehmenssteuersätze 2010 (Quelle: BMF): Unter 32 entwickelten Staaten liegt Deutschland mit einem nominalen Steuersatz von 29,8 Prozent an 10. Stelle, innerhalb der EU15 an 6. Stelle. (vgl. USA und Japan 39,6 Prozent, Frankreich 34.4 Prozent, Italien 31,4 Prozent, Kanada 30,0 Prozent, Großbritannien 28.0 Prozent, Niederlande 25,5 Prozent, Österreich 25,0 Prozent, Schweiz 20,7 Prozent, Irland 12,0 Prozent, Zypern 10,0 Prozent).

Immer noch auf der zehnten Position befindet sich Deutschland, wenn zu den Unternehmenssteuern auch die Steuern auf die ausgeschütteten Gewinne hinzugerechnet werden (BMF, 2011).

Fakt 2: Deutschland liegt in Bezug auf die nominalen Unternehmenssteuersätze international im oberen Mittelfeld.

Entscheidend aber ist die effektive Steuerbelastung, die von den Unter-

2005	Ergebnis vor Steuern	Bezahlter Steuern	Bezahlte Steuersatz
Allianz	7,88 Mdr. Euro	1,37 Mdr. Euro	17 %
BASF	5,93 Mdr. Euro	2,25 Mdr. Euro	38 %
BMW	3,29 Mdr. Euro	0,60 Mdr. Euro	18 %
DaimlerChrysler	3,44 Mdr. Euro	0,70 Mdr. Euro	20 %
Deutsche Bank	6,11 Mdr. Euro	0,96 Mdr. Euro	16 %
Deutsche Post	3,05 Mdr. Euro	0,31 Mdr. Euro	10 %
EON	10,24 Mdr. Euro	1,06 Mdr. Euro	10 %
Metro	1,39 Mdr. Euro	0,50 Mdr. Euro	36 %
Siemens	3,38 Mdr. Euro	1,09 Mdr. Euro	32 %
ThyssenKrupp	1.80 Mdr. Euro	0.35 Mdr. Euro	19 %

Gewinne und Steuerzahlungen deutscher Großkonzerne Kapitalgesellschafen (Quelle: Jarass und Obermair, 2006) 2010 zum deutschen

nehmen tatsächlich entrichteten Steuern ("impliziter Steuersätze" der EU-Kommission, in denen die tatsächlich entrichteten Steuern den tatsächlichen Einnahmen gegenübergestellt werden -Eurostat, 2011)

Fakt 3: Innerhalb der EU15 weisen nur Griechenland, die Niederlande und Irland niedrigere implizite Steuersätze auf Kapital- und Unternehmenseinkommen auf.

Deutschland liegt mit einem impliziten Steuersatz von 17,1 Prozent deutlich unter dem EU-15-Durchschnitt von 19,4 Prozent (viertletzter Platz).

Implizite Steuersätze auf Kapitalund Unternehmenseinkommen 2010 (Quelle: Eurostat, gerundet): Schweden 28 Prozent, Italien 27 Prozent, Österreich 21 Prozent, Portugal 20 Prozent, Frankreich 19 Prozent, Deutschland 17 Prozent, Griechenland 13 Prozent, Irland 9 Prozent, Niederlande 8 Prozent Zu einer vergleichbaren Einschätzung kommt man für Deutschland bei der tatsächlichen Ertragsteuerbelastung der Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften und GmbHs).

Anteil des Steueraufkommen von Kapitalgesellschaften am BIP in der OECD, 2010 (Quelle: OECD, gerundet): Norwegen 23 Prozent, Japan 18 Prozent, USA 11 Prozent, Schweiz 11 Prozent, Irland/

Portugal/Slowakei 9 Prozent, Großbritannien 8 Prozent, Schweden 7,5 Prozent, Italien 7 Prozent, Spanien 6 Prozent, Niederlande 5,5 Prozent, Frankreich 5 Prozent, Österreich 4,5 Prozent, Deutschland 4,2 Prozent, Estland 4 Prozent, Ungarn 3 Prozent.

Fakt 4: Nur 4,2 Prozent am Steueraufkommen trugen die Kapitalgesellschafen 2010 zum deutschen Steueraufkommen

bei – weniger als die Hälfte des OECD-Durchschnitts von 8.7 Prozent

Bei einem in der OECD oder der EU durchschnittlichen Wert mit 1 bis 1,5 Prozent des BIP würden in Deutschland jährlich 20 bis 30 Mrd. Gewinnsteuern mehr eingenommen. Das entspräche beachtlichen vier bis fünf Prozent der deutschen Steuereinnahmen.

Deutschland ist bei Berücksichtigung der impliziten Steuerlast im Vergleich zu anderen Staaten mit Sicherheit kein Hochsteuerland für Unternehmen, war nie eines und ist mit einigem Recht im Hinblick auf die Unternehmensbesteuerung als Niedrigsteuerland zu bezeichnen.

Aus: http://www.steuermythen.de/mythen/ Autor: Nikolaus Kowall, Wirtschaftsuniversität Wien und Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung Zusammenfassung: Helmut Pfister, WiPoAK

Defizite der Staatsschuldendiskussion

Seit der europäischen Schuldenkrise wird in der Öffentlichkeit intensiv über Staatsschulden und über die Haushaltskonsolidierung diskutiert, mit der man angeblich Herr über die Schuldenproblematik werden könne. Insbesondere südeuropäische Staaten, die zuvor von Ratingagenturen auf Ramschniveau abgestuft worden sind und sich deswegen nicht mehr auf dem Anleihemarkt refinanzieren können, werden unter Druck der Troika nun dazu gezwungen so lange zu sparen, bis die Haushalte nicht nur konsolidiert sind, sondern auch Schulden abgebaut werden können.

Doch nicht erst seit der Finanzkrise steht das Reduzieren der absoluten Staatsverschuldung im Mittelpunkt der Haushaltspolitik. Spätestens seitdem Helmut Kohl durch ein konstruktives Misstrauensvotum an die Macht kam und die "geistig-moralische Wende" einleitete, ist es auch in Deutschland Konsens geworden, dass der Staatshaushalt nur noch durch Haushaltskürzungen konsolidiert werden kann. Auch rot-grün, die große Koalition und die momentan amtierende Bundesregierung haben sich diesem Ziel verschrieben. Bisher ist es keiner dieser Regierungen gelungen, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Auch als sich 2008 die schwerste Krise seit 1929 angedeutet hatte wollte die große Koalition an ihrem Ziel, um jeden Preis einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können, festhalten. Erst nachdem Merkel und Steinbrück unter anderem von Nobelpreisträger Krugman heftigst kritisiert wurden war man bereit, Konjunkturpakete zu verabschieden, um einen Totalabsturz der Wirtschaft zu verhindern[2].

Zwar sah es zunächst danach aus, als hätte man sich von der neoliberalen Ideologie verabschiedet, doch das Revival von Keynes hielt nicht lange an. Schon 2008 war Merkel der Meinung, dass es erst gar nicht so weit gekommen wäre, wenn man auf die schwäbische Hausfrau gehört hätte. Denn diese wisse ja, dass man dauerhaft nicht über seine Verhältnisse leben könne. Auch Schäuble sieht sich, auch wenn es vermutlich nur ironisch gemeint war, aufgrund der schwäbischen Herkunft seiner Mutter für das Amt des Finanzministers besonders qualifiziert [3].

Nicht nur Mitglieder der schwarz-gelben Bundesregierung, sondern auch etliche ÖkonomInnen sind der Meinung, dass Schulden generell schlecht seien. Bei der Umsetzung dieser wirtschaftspolitischen Philosophie wird auch gerne auf die Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen verwiesen, die die heute gemachten Schulden dann tragen müssen. In diesem Kontext wird auch gerne von konservativer Seite SozialdemokratInnen vorgeworfen, sie könnten nicht mit Geld umgehen. Diese Argumente werden in der Öffentlichkeit von wenigen hinterfragt. Auf diese und einige andere Punkte soll deswegen im Folgenden kritisch eingegangen wer-

Staatsschuldenentwicklung und Schuldenabbau

Betrachtet man die Staatsschuldenentwicklung in absoluten Zahlen, so sind die Staatsschulden in Deutschland seit 1950 exponentiell gestiegen. Dies wirkt im ersten Moment ziemlich dramatisch, allerdings ist die absolute Höhe der Staatsverschuldung volkswirtschaftlich nicht wirklich interpretierbar. Setzt man zum Beispiel die Staatsverschuldung ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, also zur Wirtschaftskraft einer Volkswirtschaft, ergibt sich ein etwas anderes Bild.

Betrachtet man also dieses volkswirtschaftlich besser interpretierbare Verhältnis, die sogenannte Staatsquote, sieht man, dass es nicht unbedingt notwendig ist Überschüsse zu erzielen, um die Staatsquote zu senken. Denn die Entwicklung des BIPs hängt insbesondere vom Wirtschaftswachstum und von der Inflation ab. Zwar sind im Jahr 2007 die Staatsschulden in Deutschland um acht Milliarden Euro gestiegen, da aber das reale Wirtschaftswachstum 2,5 Prozent und die Inflationsrate 2,2 Prozent betragen hat, ist die Staatsschuldenquote von 68,1 Prozent auf 65,2 Prozent gesunken. Wegen der hohen Wirtschaftswachstums- und Inflationsraten vor allem in den 50er und 60er Jahren konnte man sich auch ein hohes Primärdefizit ohne weitere Probleme leisten.

Die Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre leitete im Westen einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik ein, der in den USA mit Reagan und in

Von Munib Agha

Vorsitzender der Jusos Erlangen



Großbritannien mit Margret Thatcher vollzogen worden ist. Die Kehrtwende begann in Deutschland mit der Monetarisierung der Geldpolitik in den 70er Jahren durch die deutsche Bundesbank - die Regelung der Geldmenge wurde also als die wichtigste Stellgröße zur Steuerung der Wirtschaft angesehen und mit der Wahl Helmut Kohls 1982. Der konservativ-liberalen Regierung ist es zwar gelungen das Primärdefizit des Staatshaushaltes zu senken, die geringere Wachstumsrate des BIPs und die Deflationspolitik der Bundesbank, ließen die Staatsschuldenquote trotz niedrigeren Zinsen dennoch kontinuierlich steigen [1].

Entgegen vieler Behauptungen in der Öffentlichkeit ist die Aussage, SozialdemokratInnen könnten keine solide Finanzpolitik betreiben, schlichtweg falsch. Willy Brandt ist bis heute der einzige Bundeskanzler, der das Kanzleramt mit einer niedrigeren Staatsschuldenquote verlassen hat (1969: 20,6 Prozent; 1974: 18,5 Prozent). Auch als Berliner Bürgermeister hat er im Vergleich zu seinen Vorgängern und Nachfolgern die solideste Haushaltspolitik betrieben [4].

Nichtsdestotrotz muss man zugeben, dass auch die rot-grüne Koalition die Kürzungspolitik 1998 ebenfalls nicht aufgegeben hat und ebenfalls aufgrund der Wirtschaftsflaute daran scheiterte, den Haushalt zu sanieren. Dies gilt genau so für die Steuerpolitik.

Zwar hat sich seit den 80er Jahren die Staatsquote kaum geändert, es kam aber zu einer starken Verschiebung innerhalb der Steuerstrukturen zu Gunsten der indirekten Steuern. Unternehmens- und Vermögensbesteuerungen wurden gesenkt, die Mehrwertsteuer wesentlich erhöht und die Ökosteuer die vielleicht aus umweltpolitischen Aspekten sinnvoll, aber nicht sozial gerecht ist - eingeführt. Durch diese Umstrukturierungen im Steuersystem förderte man die Umverteilung von unten nach oben. Man belastete die nachfragewirksamen Masseneinkommen und entlastete Vermögen, was eine Verlagerung der Wirtschaft in den Finanzsektor begünstigte. Die steigende Sparquote bei den oberen Einkommensschichten und Unternehmen (nicht ohne Grund spricht man bei Siemens von einer Bank mit angeschlossener Elektroabteilung) sorgt fördert die Bildung von Finanz- und Vermögensblasen und ist mit einer steigenden Instabilität der Wirtschaft verbunden [1].

Kürzungsprogramme, die uns als Sparpakete verkauft werden

Unter Sparen versteht man in der Regel das zu Seite legen von Geld, um es zu einem späteren Zeitpunkt für eine größere Anschaffung ausgeben zu können. Wenn allerdings einE FinanzministerIn oder KanzlerIn von Sparpaketen spricht, ist in Wirklichkeit was ganz anderes gemeint, wie auch Kai Biermann auf neusprech.org sarkastisch feststellt:

"Sparen gilt als Tugend, und wer freut sich nicht über ein Paket? Noch dazu, wenn es suggeriert, dass es eine Fülle von Kürzungen gibt, die zusammengehören und ein großes und vielleicht sinnvolles Ganzes ergeben? Anhand der geplanten Maßnahmen aber müsste das Vorhaben eigentlich Armenhilfekürzungsplan heißen [...]."[5]

Der im alltäglichen Leben positiv besetzte Begriff "Sparen" wird dazu missbraucht, um Sozialkürzungen in der Öffentlichkeit rechtfertigen zu können. Begründet werden die Sparpakete oft auch mit der Behauptung, SozialhilfeempfängerInnen würde es zu gut gehen, da die Sozialausgaben in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen seien. Die Sozialausgaben sind allerdings nicht aufgrund von Verbesserungen der Sozialleistungen gestiegen, sondern wegen der höheren Arbeitslosigkeit.

Genauso verhält es sich auch bei der Metapher mit der schwäbischen Hausfrau, die dazu dienen soll, Kürzungen zu rechtfertigen. Dabei sollen die Leute davon überzeugt werden, dass die BürgerInnen über ihre Verhältnisse leben und deswegen "gespart" werden müsse. Volkswirtschaftlich gesehen ist diese Aussage, zumindestens für Deutschland, falsch. Der kontinuierliche Anstieg der Nettoexporte, der bloß aufgrund der Weltwirtschaftskrise zeitweise abgeschwächt worden ist, zeigt, dass die deutsche Volkswirtschaft nicht über, sondern unter ihren Verhältnissen lebt. Unternehmen in Deutschland bauen also ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland aus. Dies kann nur auf zwei Arten passieren. Entweder

wertet die Währung der Volkswirtschaft ab oder die Löhne der ArbeitnehmerInnen steigen schwächer als in den anderen Ländern. Beide Faktoren spielen in diesem Fall eine Rolle. Zum einen profitiert Deutschland vom relativ schwachen Euro. Denn ohne den Euro wäre der Wechselkurs der DM im Vergleich zu den Währungen der anderen Länder viel stärker als momentan der Euro z.B. gegenüber dem US-Dollar gestiegen, wodurch deutsche Produkte im Ausland viel teurer gewesen wären. Zum anderen war Deutschland auch das einzige Land in der EU, in dem von 2000 bis 2011 die Reallöhne gefallen sind [6]. Der Anstieg des Exports lässt sich also auch zu einem erheblichen Teil damit erklären, dass die ArbeitnehmerInnen in Deutschland auf Lohnerhöhungen verzichten mussten.

Wenn der Staat mit der schwäbischen Hausfrau verglichen wird, ist dies nicht nur falsch, sondern auch widersprüchlich. Nehmen wir mal an, dass die schwäbische Hausfrau eine Investition tätigen muss, für die sie nun auch einen Kredit bei der Bank aufnehmen muss. Der Bankberater bzw. die Bankberaterin wird von ihr nicht nur wissen wollen, wie viel sie im Jahr einnimmt, sondern auch, welche Vermögensgüter sie besitzt, auf die die Bank im Falle des Kreditausfalls zugreifen möchte. Und genau nach letzterem wird beim Staat nicht gefragt, geschweige denn, was damit angestellt wird.

1995 lag das Nettovermögen (die Verbindlichkeiten sind also schon abgezogen) bei 52 Prozent gemessen am BIP. Aufgrund des Rückgangs der Infrastrukturinvestition und der Privatisierung von Staatsbesitz waren es 2009 nur noch 6 Prozent. Mal davon abgesehen, dass das Vermögen höher ist als die Verbindlichkeiten des deutschen Staates, kann man auch an der Vermögensentwicklung sehen, dass eine neoliberale Kürzungspolitik nicht zielführend ist [7].

Crowding Out und Pervertierung des Begriffs der Generationengerechtigkeit Insbesondere in den Einführungsver-

Insbesondere in den Einführungsveranstaltungen zur Volkswirtschaftslehre wird man mit Thesen konfrontiert, die angeblich eine schädliche Auswirkung der Schuldenaufnahme durch den Staat auf die privatwirtschaftlichen Aktivitäten belegt. Die sogenannte Crowding-Out-These behauptet, dass eine erhöhte Nettokreditaufnahme des Staates für erhöhte Zinsen auf dem Kreditmarkt

sorgen wird, da von einem statischen Angebot der Geldmenge ausgegangen wird. Diese Erhöhung führe dann zur Verdrängung von privaten Investitionen. Diese These lässt sich allerdings nicht empirisch verifizieren. Seit Anfang der 90er Jahre haben sich die Staatsschulden der Bundesrepublik vervielfacht. Trotz wachsender Neuverschuldung ist der Kapitalmarktzinssatz nicht gestiegen, sondern gesunken. Genau so wenig lässt sich übrigens zeigen, dass im Zuge des massiven Anstiegs der Staatsverschuldung die Geldentwertung zugenommen hat. In dieser Phase ist in Deutschland die Inflationsrate sogar auf einen historischen Tiefstand zurückgefallen [8].

In der neoliberalen Theorie werden nicht nur Thesen verwendet, die sich empirisch nicht belegen lassen, sondern auch gerne Konzepte für die eigenen Interessen umgemünzt, die dann bereitwillig von Politik und Medien aufgegriffen werden.

Im grünen Diskurs der 80er Jahre ("Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt") wurde der Begriff der Generationengerechtigkeit populär, der ursprünglich auf Karl Marx zurückgeht [9]. Als Generationengerechtigkeit wurde das ressourcenschonende Korrektiv der Bedürfnisse aller gegenwärtig Lebenden verstanden und war eng verknüpft mit dem grünen Wert der Nachhaltigkeit. Diesen Begriff verwendet man nun unter anderem im Gebiet der Fiskalpolitik (aber auch in der Rentendebatte), um Haushaltskürzungen rechtfertigen zu können.

Es wird behauptet, dass eine Haushaltskonsolidierung notwendig sei, um den künftigen Generationen keinen Schuldenberg zu hinterlassen. Dabei wird unterschlagen, dass den Schulden Vermögen gegenüberstehen, die den jüngeren Generationen ebenfalls vererbt werden. Da aber diese Vermögen nicht gleichmäßig an die jüngere Generation weitervererbt werden, ist es falsch von einem intergenerationellen Problem zu reden. Es liegt also kein Konflikt zwischen jung und alt vor, sondern zwischen reich und arm, also ein intragenerationeller Konflikt [10].

Gute vs. schlechte Schulden und das falsch verstandene "Deficit Spending" von Keynes

Auch wenn bis jetzt lediglich die neoliberale Politik kritisiert worden ist, muss man sich generell die Frage stellen, ob man zwischen einer guten und schlech-Staatsverschuldung unterscheiten den kann. Wenn ein Staat mit Hilfe von Schulden den Luxuskonsum einer korrupten Oberschicht oder die militärische Rüstung finanziert, kann man sicherlich nicht von einer volkswirtschaftlich sinnvollen Investition sprechen. Aber es ist zum Beispiel eine vernünftige Sache, wenn man mangels ausreichenden Inlandsvermögens internationale Kredite aufnimmt, um die Folgen einer Naturkatastrophe zu überwinden oder wenn ein zurückgebliebenes Land Zukunftsinvestitionen mit internationalen Krediten finanziert, um eine höhere Produktivität zu erreichen. Durch Anleihen finanzierte Investitionen können also durchaus Sinn machen, wenn man dadurch die produktive Basis einer Volkswirtschaft ausbauen oder eine (Wirtschafts-)Krise bewältigen möchte.[1]

Dies zeigt aber auch, dass eine Verschuldung durch den Staat nicht undifferenziert verteidigt werden sollte. Insbesondere das "Deficit Spending", also das Ankurbeln der Wirtschaft durch schuldenfinanzierte Staatsausgaben, das von einigen Linken als Allheilmittel angesehen wird, muss kritisch betrachtet werden. Selbst Keynes hat das Deficit Spending lediglich als Notbehelf angesehen. Er forderte entgegen vieler Behauptungen kein dauerhaftes Defizit, sondern eine "Sozialisierung der Investitionen" und die steuerliche Stärkung der unteren Einkommensschichten, die ihre Einkommen eher ausgeben als sparen. Keynes machte eben nicht den Nachfragemangel als Krisenursache aus, sondern den Zusammenbruch der Profiterwartungen und damit der Investitionen. Letztere dürfen deswegen seiner Meinung nach nicht dem "animal spirit" der Privatwirtschaft mit deren schwankenden Erwartungen überlassen werden. [1]

Es gibt also im Prinzip zwei Möglichkeiten, um an Geld für Investitionen zu
kommen. Entweder der Staat erhöht die
Steuern, insbesondere auf Vermögen
und für Besserverdienende oder er finanziert die Investitionen durch Anleihen.
Vor allem ersteres stößt aber auf größere
Widerstände, weswegen man es früher
vorgezogen hat, Kredite für Investitionen aufzunehmen. Mittlerweile ist aber
auch eine erhöhte Staatsverschuldung
genau so verpönt, weshalb die Erhöhung
von indirekten Steuern und insbesondere Ausgabenkürzungen vorgezogen werden. Mit der Schuldenbremse wird sich

diese Politik vermutlich noch verstärken auch wenn die SPD gerne von einer Steuersenkungsbremse spricht [11].

Alternativen zur momentanen Wirtschafts- und Verschuldungspolitik

Weder Deficit Spending noch die neoliberale Wirtschaftspolitik können künftige Finanz- und Wirtschaftskrisen verhindern. Zwar war die Große Koalition nach der Verabschiedung beider Konjunkturpakete davon überzeugt, dass die Schuldenbremse eine gewisse Stabilität bringen wird, das öffentliche Sparen wird dennoch nur das Wachstum bremsen und nicht künftige Krisen verhindern.

Ziel der Wirtschaftspolitik muss es sein, für Rahmenbedingungen zu sorgen, die einerseits einen stabilen Haushalt garantieren, ohne dass Investitionen zurückgefahren werden müssen, und andererseits versuchen, Wirtschaftskrisen so gut es geht zu verhindern.

Die Umverteilung von unten nach oben sorgte wie oben bereits beschrieben für eine Verschiebung der Investitionen von der Realwirtschaft in die Finanzwirtschaft, was die Labilität der Finanzmärkte durch vermehrte Spekulation erhöhte. Diese Labilität kann durch eine Umverteilung in die umgekehrte Richtung, zum Beispiel durch die Erhöhung von Vermögenssteuern und durch die Regulierung der Finanzmärkte, gedämmt werden. Eine Strukturverschiebung von den indirekten zu den direkten Steuern würde eine Umverteilung von oben nach unten ebenfalls unterstützen, den Konsum stärken und die Einnahmeerhöhungen des Staates würden dafür sorgen, dass man auf eine Finanzierung durch Anleihen weniger angewiesen ist.

Alternativen zur Anleihenfinanzierung gäbe es auch. Momentan verleiht die EZB für weniger als ein Prozent Geld an Banken, das diese wiederum zu einem höheren Zinssatz an EU-Staaten weiterverleihen. Aufgrund dieser Tatsache stellt sich auch die Frage, wieso die EZB nicht bis zu einem gewissen Prozentsatz des BIPs das Geld direkt an Staaten verleihen kann. Dies würde für eine gewisse Unabhängigkeit der Staaten von den Anleihemärkten sorgen. Die Begrenzung würde verhindern, dass Regierungen den günstigen Zins für eine übermäßige Verschuldung missbrauchen könnten. Auch wenn Deutschland sich momentan teilweise auch Geld mit negativen Realzinsen leihen kann, wird dies mittelfristig nicht so bleiben, weswegen nicht nur die anderen EU-Staaten von dieser Praxis der Kreditvergabe profitieren würden. [1]

Nichtsdestotrotz muss man sagen, dass die hier kurz angesprochenen Alternativen lediglich für eine Verkleinerung der Auswirkungen einer Krise sorgen würden. Um Krisen vermeiden zu können, müsste man zumindestens über die Sozialisierung der Investitionen diskutieren. Dies ist allerdings ohne Eingriffe in die Entscheidungs- und Eigentumsstrukturen schwer möglich. [1]

Literatur

- [1] Leibiger, Jürgen: "Defizite der Staatsschuldendiskussion", erschienen in der Sozialismus 2/2012
- [2]Spiegelonline, 13.12.2008; Rezessionsbekämpfung: Nobelpreisträger Krugman attackiert Merkel und Steinbrück
- [3]faz.net, 16.05.2010; Die schwäbische Hausfrau
- [4]http://www.sgipt.org/politpsy/finanz/schuldp/berlin.htm
- [5] http://neusprech.org/sparpaket/
- [6] http://www.boeckler.de/ MB_2012_05_Lohnentwicklung_in_ Zahlen.pdf
- [7] Wochenbericht des DIW Nr. 50/2010; Dr. Bach, Stefan: "Staatsverschuldung und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz: Öffentliche Armut, privater Reichtum"
- [8]Hickel, Rudolf: "Zukunftsgestaltung oder Aderlaß" erschienen in "Blätter für deutsche und internationale Politik", 12/1999
- Karl Marx, MEW 25 "Das Kapital III", S.784: "Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias <gute Familienväter> den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen."
- [10] von Lucke, Albrecht: Generationengerechtigkeit als Kampfbegriff, erschienen in "Blätter für deutsche und internationale Politik", 9/2003
- [11] http://www.merkur-online.de/aktuelles/politik/spd-fordert-schuldenbremse-verfassung-1911773.html

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:

Manfred Jelden Telefon: 601333

manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen, unser nächstes Distriktstreffen ist am

Dienstag, 16. Juli, 19 Uhr im Schützenhaus

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand Manfred Jelden

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114

gabi.dorn-dohmstreich@franken-

online.de

Liebe Distriktsmitglieder, wir laden Euch herzlich ein zu unseren nächsten

Distriktsversammlungen am Dienstag, 9. Juli, und Dienstag, 13. August, jeweils 20 Uhr im TSV-Sportheim

Tagesordnung:

- ... wird aktuell beschlossen, Als Schwerpunkte geplant:
- 9. Juli: Bauleitverfahren "Gewerbegebiet Geisberg"

• 13. August: Wahlkampforganisation

Im Namen des Vorstands Stephan Eberle

Kurzprotokoll der Versammlung im Juni:

Schwerpunkt der Versammlung war die Wahlkampfplanung. Wir haben u.a. beschlossen, das Thema "Integrierte Verkehrsplanung" (StUB, Südumgehung Herzogenaurach, Gewerbegebiet Geisberg …) zu einem zentralen Punkt des Kommunalwahlkampfs im Distrikt zu machen.

■ Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:

Michael Zimmermann Telefon: 699118 zi-mi@web.de Liebe Distriktsmitglieder, unsere nächste Distriktssitzung ist am

Dienstag, 9. Juli um 20 Uhr im Nebenraum der "Kulisse" (Theaterstraße)

Es ist nicht mehr lange hin bis zur Landtagswahl und bis zur Bundestagswahl im September! In unserer Julisitzung werden wir uns daher nochmal mit dem Wahlprogramm beschäftigen sowie mit der konkreten Planung und Organisation des Distriktswahlkampfes, insbesondere der Hausverteilungen (Die nächste Distriktssitzung wird dann erst am 1. Oktober sein.)

Wir freuen uns wieder auf zahlreiches Erscheinen!

Für den Vorstand, Dr. Michael Zimmermann

■ Distrikt Ost

Vorsitzender:

Christofer Zwanzig Telefon: 4003764 christofer@zwanzig-online.de Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Mittwoch, 24. Juli, 19 Uhr in der Waldschänke (Lange Zeile 104)

Vorläufige Tagesordnung

TOP 1 Aktuelles

TOP 2 Besprechung kommunalpolitischer Forderungen des Distrikts

TOP 3 Berichte aus Stadtteilen und dem Stadtrat

TOP 4 Planungen für die Wahlkämpfe

Mit solidarischen Grüßen Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

Kurzprotokoll der Sitzung am 11. Juni

Planungen für die Wahlkämpfe

- Für die Kommunalwahl soll ein Faltblatt mit Erfolgen und Forderungen der SPD für den Stadtosten entworfen werden. In der nächsten Sitzung wird Christofer Zwanzig Vorschläge vorlegen.
- Manfried Symanek bietet an, gemeinsam mit den Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundes-, Be-

zirks- und Landtagswahl die AWO im Stadtosten zu besuchen. Christofer Zwanzig wird in dieser Sache Kontakt mit den Kandidatinnen und Kandidaten aufnehmen.

- Philipp Dees und die Jusos sollen angefragt werden, ob sie sich eine Aktion für die Landtagswahlen in den Studentenwohnheimen im Stadtosten vorstellen können.
- Den Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundes-, Bezirks- und Landtagswahl sollen wegen Hausbesuchen im Stadtosten angefragt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Distriktsversammlung

am Dienstag (!), 9. Juli, 19 Uhr im Biergarten Röthelheimpark, Am Röthelheim 40c. Als Tagesordnung schlagen wir vor:

- 1. Wahlkampfplanung
- 2. Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen Dr. Andreas Richter Stellv. Vorsitzender

Distrikt Süd

Vorsitzende: Brigitte Rohr

Kontakt:

Dr. Andreas Richter andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 9. Juli, 20 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:

- 1) Aktuelles
- 2) Vorbereitung der Ortsbeiratssitzung.
- 3) Fazit der Listenaufstellung, Konsequenzen für Tennenlohe.
- 4) Entwicklung des Ortsteilprogramms.
- Seite Parteiauftritt (Homepage); Diskussion des Vorschlags.
- Aktionen für Bundes- und Landtagswahlkampf.
- 7) Organisation der Kerwa
- 8) Termine im August?
- 9) Verschiedenes

Weitere Ankündigungen: Distriktversammlungen am 17. September, 8. Oktober

Für den Vorstand Rolf Schowalter

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter Telefon: 601924

rolfschowalter@t-online.de

Protokoll der Distriktsitzung vom 9. Juni

1. Tennenloher Bote

Gert stellt einige neue Konzepte für den Tennenloher Boten vor. Neben einer neuen Schriftart könnte das Blatt durch ein-, zwei- und dreispaltiges Layout aufgelockert und noch besser lesbar werden. Die Vorschläge werden diskutiert. Möglicherweise lassen sich einige Vorschläge in den nächsten Ausgaben ausprobieren. Der nächste Tennenloher Bote soll Ende August in Druck gehen. Eine erste Themensammlung wird diskutiert.

2. Kerwa in Tennenlohe

Nachdem der Festbetrieb durch die bisherigen Wirte auf der Festwiese nicht mehr unterstützt wird, planen die Kerwaburschen die Kerwa in eigener Regie auszurichten. Rolf Schowalter hat unter den Vereinen in Tennenlohe zur Unterstützung der Kerwa aufgerufen.

3. Stadtratsliste

Die vorläufige Liste für die Reihung der Kandidaten für den Stadtrat wird auf der KV am 13. Juni offiziell vorgestellt. Am 20. Juni wird die Liste abschließend beraten und am 29. Juni der KMV zur Listenabstimmung vorgelegt. Es ist Konsens im Distrikt, dass Rolf Schowalter einen Platz unter den vorderen 20 erhalten muss.

4. Wahl- und Kulturveranstaltung mit Sonja & Wulli

Der Distrikt veranstaltet am 16. Juni ab 11.00 einen politischen Frühschoppen mit Sonja & Wulli auf dem Wendehammer "Am Bach". Letzte Planungen zum Ablauf werden diskutiert.

Der Tennenloher Distrikt lädt alle Genossinnen/Genossen herzlich dazu ein.

5. Ortsbeiratsitzung

Die nächste Ortbeiratssitzung in Tennenlohe findet am 11. Juli statt. Themen sind die Ergebnisse der Kanalbegehung des letzten Jahres, Status und Zukunft des Jugendclubs, Planungen der Stadt zur Verkehrsproblematik in der Herringsstrasse und den anliegenden Bereichen.

6. Kunstrasen auf dem Sportplatz

Die SPD unterstützt die neuen Planungen des Sportvereins für die Belegung des B-Platzes mit einem Kunstrasen, wie bereits im letzten Tennenloher Boten dargestellt. Dem Distrikt ist es jedoch nicht möglich, direkt zu spenden.

Hans Hauer

Distrikt West

Vorsitzender:

Gerd Peters Telefon: 44366 gerd.peters-er@t-online.de Liebe Genossinnen und Genossen, wir möchten Euch recht herzlich zu unserem Juli-Treffen einladen. Wir treffen uns am

Mittwoch, 17. Juli, 20 Uhr im Gasthof "Zur Einkehr" (Güthlein)

Nach der öffentlichen Veranstaltung zum Thema "Erlanger Bäder" am 3. Juli und der interessanten Diskussion mit Frau Bosch bei unserem Juni-Treffen über "bauliche Verdichtung im Stadtwesten" geht es im Juli um mehrere Einzelthemen. Als Tagesordnung schlagen wir vor:

- Berichte aus Fraktion, Kreisvorstand und Ortsbeirat
- Bericht von Anette Christian über die "Deutsch-türkische Frauenkonferenz" in Besiktas
- 3. Bilanzierung der Reihung der Stadtratskandidaten für die Kommunalwahl 2014 aus der Sicht des Stadtwestens
- Aktivitäten im Landtagswahlkampf, im Rahmen der Bundestagswahl und im Hinblick auf die Kommunalwahl

- im März 2014
- 5. Überlegungen, wie wir weiter mit dem Thema "Verdichtung der Bebauung im Stadtwesten" ausgehend von der Juni-Diskussion mit Frau Bosch umgehen wollen.
- 6. Verschiedenes

Gebt Euch noch einen Ruck vor den bevor stehenden Urlauben und kommt zur Besprechung der wichtigen Themen!

Im Auftrag des Vorstands Gerd Peters

P. S.: Im Juni diskutierten wir sehr intensiv mit Frau Bosch aus dem Planungsbüro Bosch Schmidt. Sie führt im Auftrag der Stadt eine Modellstudie über (bauliche) Verdichtung im Bereich Büchenbach Nord durch. Ihre Überlegungen zu Bebauung und Verdichtung waren sehr anregend weil kreativ. Der von Seiten der Stadt vorgegebene Bereich Würzburger Ring erscheint in vieler Beziehung hierfür nicht besonders glücklich gewählt. Die weitere Aufbereitung der Überlegungen soll im Rahmen der Juli-Distriktsversammlung erfolgen. Anwesend waren 18 Leute.

Liebe Genossinnen und Genossen, zum nächsten Termin lädt der Vorstand der AG60 plus herzlich ein und freut sich auf euer Kommen. Am

Mittwoch, 17. Juli, 15 Uhr, August-Bebel-Haus

Bei der letzten Sitzung legten wir fest: Wir laden Stadtrats-Kandidaten ein, um mit ihnen die Seniorenarbeit der letzten 20 Jahre von 60 plus und Stadtrat zu diskutieren und sie als Ansprechpartner für 60 plus im Stadtrat zu gewinnen. Hem schlug vor, Sandra und Anette zum nächsten Treffen einzuladen.

Tagesordnung

- Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
- 2. Aktuelles
- 3. Bericht vom Besuch einer altengerechten Wohnung im Röthelheimpark
- 4. Erfahrung der Seniorenarbeit der letzten 20 Jahre
- 5. Verschiedenes

Im Namen des Vorstands. Hartmut Wiechert

Protokoll der Mitgliederversammlung am 12. Juni

Top 1: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende Hartmut Wiechert begrüßt die 5 Anwesenden, die Tagesordnung und das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

Top 2: Aktuelles

In der Vergangenheit hat es sich bewährt, dass Mitglieder des Stadtrates auch stark in die Arbeit von 60plus eingebunden waren. Da Helga aufgrund ihres Listenplatzes wohl nicht mehr in den Stadtrat kommen wird und mittelfristig auch den Vorsitz des Seniorenbeirats aufgeben wird, schlägt Hem vor, 2 Stadtratskandidatinnen zu unserem nächsten Treffen einzuladen, um mit ihnen die Seniorenarbeit in Stadtrat und bei 60plus zu diskutieren. Hartmut wird Sandra und Anette zum nächsten Treffen einladen.

Top 3: Altengerechtes Wohnen in Erlangen

Die GEWOBAU hat im Röthelheimpark einige altengerechte Wohnungen gebaut und wir haben einen Mieter gefunden, der uns gern seine altersgerechte Wohnung zeigen will. Er erwartet uns am Mittwoch, den 26. Juni in der Röthelheim-Park-Allee. Ich habe uns als Delegation von 60 plus mit 4-5 Personen angekündigt.

Top4: Verschiedenes

- 60plus will den SPD-Wahlkampf mit dem Thema Soziale Sicherungssysteme unterstützen.
- Das Erlanger Kunstpalais veranstaltet zurzeit eine Gruppenausstellung zum Thema "Freiheit". Ausgehend von den Revolutionen im arabischen Raum, die in zahlreichen künstlerischen Werken thematisiert werden, wird das Streben nach politischen Freiheit, dem Kampf um Demokratie und Menschenrechte und dem Wunsch nach Aufbruch und dem Ringen um Selbstbestimmung nachgegangen.

Hartmut Wiechert

Liebe Genossinnen, wir laden euch herzlich ein zum

Sommerfest der AsF am Freitag, 19. Juli ab 19

Uhr bei Julie Mildenberger, Spardorfer Straße 42

Getränke werden gestellt, bitte etwas zum Essen (nicht Grillen!) mitbringen

Für den Vorstand Gunda Gerstenmeyer

AG 60plus

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert Telefon: 991232

hartmut.wiechert@gmx.de

AsF

Sprecherinnen:

- Saskia Coerlin scoerlin@hotmail.com
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger Telefon: 502415
- Birgit Hartwig Telefon: 55939 Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildenberger Telefon: 23435
- Barbara Pfister Telefon: 502481

barbara.pfister@fen-net.de



ACHTSTUFIGES GYMNASIUM: AUGEN ZU UND DURCH?

Diskussion mit

RUPERT APPELTSHAUSER

Autor des Buches "Augen zu und durch? Das achtjährige Gymnasium und seine Folgen – Eine persönliche Bilanz"

Dienstag, 16. Juli, 19:30 Uhr "Wabene", Henkestraße 53